

Stenografischer Bericht

56. (außerordentliche) Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 05. September 2019

Beginn: 10.02 Uhr

Entschuldigungen: LTAbg. Bauer, LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann, LTAbg. Stoimaier
LTAbg. Mag. (FH), Dr. Wieser, LTAbg. Kügerl

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

D1. Einl.Zahl 3564/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrat Anton Lang
betreffend *Gesetzliche Beschränkung der Wahlwerbungskosten für Landtagswahlen*
Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Krautwaschl (9837)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Anton Lang (9839)

Wortmeldungen: LTAbg. Eisel-Eiselberg (9840), LTAbg. Krautwaschl (9841), LTAbg.
Schwarz (9842), LTAbg. Mag. Hermann (9843), LTAbg. Klimt-Weithaler (9844)

Beschlussfassung: (9845)

D2. Einl.Zahl 3565/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrat Mag. Drexler
betreffend *Neustart für die Gesundheitspolitik im Bezirk Liezen* Begründung der Dringlichen
Anfrage: LTAbg. Krautwaschl (9846)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (9848)

Wortmeldungen: LTAbg. Schwarz (9856), LTAbg. Mag. Hermann (9858), LTAbg. Dr.
Murgg (9860), LTAbg. Riener (9863), LTAbg. Royer (9866), LTAbg. Meißl (9867),
Landesrat Mag. Drexler (9870)

Beschlussfassung: (9873)

N1. Einl.Zahl 3549/2

Bericht des Ausschusses für Verfassung

Betreff: *Auflösung des Landtages*

Wortmeldungen: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (9819), Landeshauptmann Schützenhöfer (9821), LTAbg. Kunasek (9824), LTAbg. Klimt-Weithaler (9828), LTAbg. Riener (9832), LTAbg. Krautwaschl (9838)

Beschlussfassung: (9837)

Präsidentin Kolar: Hohes Haus! Es findet heute die 56. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung außerhalb der Tagung.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Speziellen die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt Frau LTAbg. Renate Bauer, Herr LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Herr LTAbg. Thomas Stoimaier, Herr LTAbg. Mag. Dr. Oliver Wieser und Frau LTAbg. Helga Kügerl.

Am 31. August 2019 wurde von den Abgeordneten der ÖVP beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß Art. 15 Abs. 5 LVG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird. Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Heute hat um 08.00 Uhr der Ausschuss für Verfassung über den Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 3549/1, betreffend Auflösung des Landtages beraten und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 3549/2 (N1) enthaltenen Ausschussantrag gefasst. Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, den genannten Tagesordnungspunkt in Verhandlung zu nehmen.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich. Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
Gegenprobe:

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ.

Am Montag, dem 2. September 2019, wurde um 10.50 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3564/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Gesetzliche Beschränkung der Wahlwerbungskosten für Landtagswahlen“ eingebracht.

Weiters wurde am Dienstag, dem 2. September 2019, unmittelbar darauf ebenfalls von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3565/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Neustart für die Gesundheitspolitik im Bezirk Liezen“ eingebracht.

Die Behandlung der Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gem. § 68 Abs. 1 GeoLT je eine Wechselrede statt.

Es wurde eine Anfrage gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht. Weiters wurden acht Anfragebeantwortungen laut § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfrage sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 3549/2, betreffend „Auflösung des Landtages“ zum Antrag von Abgeordneten der FPÖ, Einl.Zahl 3549/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer - SPÖ (10.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Steirerinnen und Steirer, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Hermann Schützenhöfer!

Darüber, weshalb du unser Land ohne Grund und Anlass in Neuwahlen stürzt, wurde in den letzten Tagen viel geredet, aber eigentlich sehr wenig gesagt. Ich habe jedenfalls noch nicht ein vernünftiges Argument gehört, warum gerade jetzt so dringend neu gewählt werden muss. Jedenfalls habe ich kein Argument gehört, das mit dem Wohl unseres Landes oder mit dem Wohl der Steirerinnen und Steirer zu tun hat.

Es gibt nur einen Grund für diese Neuwahl und dieser Grund hat mit dem vermeintlichen Wohl der ÖVP zu tun. Ihr stellt das Wohl der Partei über das Wohl der Steiermark wegen vielleicht ein paar Prozentpunkten bei Umfragen. Wer die Dauer einer Wahlperiode, den Auftrag der Steirerinnen und Steirer als lockere Verfehlung der Verfassung sieht, setzt einen Mechanismus in Gang, der demokratische Wahlen zum Spielball von Umfragen und Launen macht. Das ist schlecht für die Demokratie und das ist schlecht für unser Image. Die Steiermark braucht Verlässlichkeit und die Steiermark hat es sich verdient, dass man nicht verunsichert, sondern dass wir gemeinsam Sicherheit geben. *(Beifall bei der SPÖ)* Politische Unzuverlässigkeit darf nicht das Image der Steiermark und unseres Landes prägen – nicht in der Wirtschaft, nicht in der Bevölkerung und schon gar nicht in der Landesregierung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Hermann! Ich bin um einige Jahre jünger als du. Meine Eltern und viele Lebensbegleiter haben mir Werte mitgegeben: Den Wert der Verlässlichkeit, der Ehrlichkeit und der Handschlagqualität und ich habe drei Kinder, die ich über alles liebe und denen ich Vorbild sein möchte. Ich sehe es als unsere Aufgabe in der Landesspitze und in der Landesregierung Vorbild für unsere Kinder und Jugendlichen im Land zu sein. Das bedeutet, dass Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und der Handschlag nicht nur Thema sein dürfen, nicht nur irgendwo nebenbei diskutiert werden, sondern dass in unserem Land Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und der Handschlag zählen müssen. *(Beifall bei der SPÖ)* Ich habe unzählige Gespräche mit Bürgermeistern jeder Parteizugehörigkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft und vielen Steirerinnen und Steirern geführt, die sich nur eines fragen: Ist es das wirklich wert? Ist es das wirklich wert die Stabilität, die Verlässlichkeit, die Planungssicherheit und den Wählerwillen zu ignorieren?

Lassen Sie mich eines an dieser Stelle ganz klarstellen: Wir, wir alle und jeder von Ihnen, ist gewählt, um zu arbeiten. Der Auftrag der Steirerinnen und Steirer war und ist es, fünf Jahre für unser Land zu arbeiten, fünf Jahre lang das Beste für die Steirerinnen und Steirer rauszuholen und unser Land vorwärts zu bringen, die Ärmel hochzukrempeln und zu arbeiten. In unserem Land gibt es außerdem einen Grundkonsens, dass der Handschlag/unsere Handschlag zählt, dass man hält, was man verspricht und dass Vereinbarungen einzuhalten sind. Das weiß jedes dreijährige Kind. Als stimmstärkste Fraktion – und diese stimmstärkste sind wir – werden wir jetzt die Verantwortung übernehmen und wir haben es immer getan. Wir haben die Parteiinteressen hintangestellt und die Interessen des Landes in den Vordergrund gestellt. Daher habe ich mich auch in diesen Tagen nicht auf die Spielchen, auf die Taktierereien eingelassen, weil mir das im Stil fremd ist und weil ich das absolut nicht will. *(Beifall bei der SPÖ)* Ich war überzeugt davon, dass wir mit dem steirischen Stil des Miteinanders den alten Stil des Taktierens und der Spielchen hinter uns gelassen haben. Ich werde alles daransetzen, dass wir wieder zum steirischen Stil zurückkehren, weil es sich die Steirerinnen und Steirer verdient haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Liebe Steirerinnen und Steirer! Sie können sich darauf verlassen, ich werde bis zum 24. November alles dafür tun, dass mit den Partnerinnen und Partnern im Landtag weitergearbeitet wird, dass wir das Land gut vertreten und dass wir das Beste herausholen. Wir haben diese Neuwahl nicht gesucht, so, wie die überwältigende Mehrheit der Steirerinnen und Steirer diese Neuwahl nicht wollte, eine Mehrheit der Steirerinnen und Steirer sich erwartet hat, dass man weiterarbeitet. Aber jetzt – und das ist wichtig – ist der Blick nach vorne gerichtet. Unsere Steiermark, unser Land muss ein Land werden, in dem die Steirerinnen und Steirer gut und sicher leben können, in dem der Handschlag wieder zählt, in dem man sich aufeinander verlassen kann und wo du in der Stadt Graz wieder Luft zum Atmen hast und die Regionen aufblühen. Ich möchte, dass die Steiermark eine Vorreiterin im Klimaschutz wird, dass wir wieder ein Land der Verlässlichkeit werden und ein Land, in dem das gesprochene Wort gilt. *(Beifall bei der SPÖ – Landesrat Mag. Drexler: „Das ist die reinste Chuzpe.“)* Ich bin zutiefst davon überzeugt, die Steiermark braucht jetzt einen Wechsel an der Spitze. Die Steiermark braucht einen Generationswechsel mit frischem Wind an der Spitze. Ich trete an, um ein moderner, anpackender, zuverlässiger Landeshauptmann der Steiermark zu werden. Ich trete an, die Nummer eins im Land zu werden, weil ich davon überzeugt bin, diesem Land und unserer Steiermark viel geben zu können – eine moderne Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, bessere Verbindungen zwischen Stadt und Land, eine

zeitgemäße Umwelt- und Klimapolitik und eine umfassende medizinische Versorgung in den Städten und im ländlichen Raum. Ich lade alle ein jetzt die Weichen für die Zukunft zu stellen. Diese Wahl wird eine Wahl zwischen dem Gestern und dem Morgen. (*Landesrat Mag. Drexler: „Wow.“*) Ich habe diese Wahl zu diesem Zeitpunkt nicht gesucht, aber jetzt, wo sie da ist, werden wir den Wettstreit der besseren Ideen führen und die Steirerinnen und Steirer werden bei dieser Wahl nur eines im Blick haben: Die Zukunft unseres Landes. Ein steirisches Glückauf. (*Beifall bei der SPÖ – 10.18 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (10.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Anwesende, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ich glaube, dass die Reformpartnerschaft und nun die Zukunftspartnerschaft in den letzten beiden Perioden, die jeweils viereinhalb Jahre gedauert haben, sehr gute Arbeit geleistet haben, dass wir vertrauensvoll zusammengearbeitet haben – Sozialdemokraten und ÖVP/ÖVP und Sozialdemokraten – und dass ich gerne hätte, dass wir trotz Wahlkampf und Auseinandersetzungen, die bevorstehen, dass es diese vertrauensvolle Zusammenarbeit in welcher Form auch immer auch in der Zukunft gibt, (*Beifall bei der ÖVP*) weil diese Zusammenarbeit Reformen gebracht hat, die notwendig waren für das Land, und weil diese Zusammenarbeit die Grundlage für den Erfolg ist, die und den wir in der Steiermark haben. Wir stehen – übertreiben wir nicht, aber lassen wir die Fakten sprechen – als Steiermark gut da. Die Gemeinden sind in der Infrastruktur so gut beieinander wie seit Jahrzehnten nicht, eine Folge der Gemeindestrukturreform, die wir gemeinsam durchgetragen haben – da und dort gibt es Spätfolgen, das ist so, wenn man von 542 auf 287 reduziert. Aber in der Summe sagen mir heute die Bürgermeister, die die Seite gewechselt haben, wenn sie mich gesehen haben, wie froh sie sind, dass es diese Gemeindestrukturreform gegeben hat. Wir haben erste, durchaus harte Schritte in der Sanierung des Landesbudgets gemacht, schwer genug, weil wir es ja auch hier im Haus damit zu tun haben, dass die Gleichen, die fordern, dass wir sparsamer sein müssen, dass wir mehr ausgeben – wir haben versucht ohne soziale Kälte das zustande zu bringen. Meine Damen und Herren, wir sind, denke ich, in der Gesundheitsreform auf Schiene. Ich appelliere an alle sich nicht irritieren zu lassen. Flagge zu

zeigen, auch bei Gegenwind, ist im ganzen Leben schwer, aber die einzige Chance, etwas, was wir als richtig erkannt haben, das Richtige zu tun und es auch populär zu machen; aber auch das Richtige zu tun, wenn das nicht gelingt, ist eine entscheidende Aufgabe der Politik, wenn wir das Land zukunftsfähig machen wollen, wenn wir wirklich haben wollen, dass wir unseren Kindern und Kindeskindern ein Stück Zukunft eröffnen, anstatt ihnen Hypotheken aus der Vergangenheit zu hinterlassen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren, für mich das Allerwichtigste: Ich habe in all den Jahren alles getan und ich habe das mit Bundeskanzler Faymann, mit Bundeskanzler Kern, mit Bundeskanzler Kurz, auch mit der jetzigen Frau Bundeskanzlerin – und wer immer auch kommen wird – besprochen: Wir haben die meisten Universitäten außerhalb Wiens, die meisten außeruniversitären Forschungseinrichtungen, wir haben pionierhafte Unternehmer: Die Stärkung der Universitäten. Wir haben in den letzten Jahren für die medizinische Universität und in der Folge für die Karl-Franzens-Universität, für die Technische-, für die Montan-Universität so viel Geld und zusätzliches Geld durch gute Verhandlungen bekommen können, wie das Jahrzehnte nicht der Fall war und das ist auch die Grundlage dafür, dass wir als Forschungsland Nummer 1 in Österreich und auch an der Spitze Europas stehen. *(Beifall bei der ÖVP)* Das ist für mich Arbeitsschwerpunkt Nummer 1 auch für die Zukunft, weil durch diese Forschung und Entwicklung wir in neue Arbeitsfelder vorstoßen, die wir heute noch gar nicht kennen und damit Arbeit schaffen in den Feldern, die wir nicht kennen. Für mich hat Arbeit mit der Sinnerfüllung des Lebens zu tun. Daher dürfen wir nicht die falschen Schritte setzen, daher wir müssen wir aber auch sehen, dass sich am Horizont Gewitterwolken zusammenbrauen. Die Welt ist ein einziger Krisenherd geworden, die Konjunktur trübt sich ein, wir sind ein Exportland – das werden ganz schwierige Herausforderungen in Bezug auf einen Brexit, der droht; in Bezug auf die Handelskriege, die ja schon da sind; in Bezug darauf, dass Deutschland wieder zu schwächeln beginnt und dass Italien sowieso unberechenbar ist. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Deshalb haben wir gesagt, dass wir dabei sind – es sind ja praktisch zwei Drittel des Landtages dabei – den Wahltermin von Mai 2020 auf November 2019 um ein paar Monate zu verlegen. Damit wir keinen Dauerwahlkampf haben, schnell wählen, schneller wieder arbeiten, kurzer Wahlkampf und die Zusammenarbeit fortsetzen – ich denke, das ist das Beste für das Land. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich habe viele Gespräche geführt – mit allen Sozialpartnern, mit Bürgermeistern verschiedenster Parteien, mit Menschen, die in unserer Gesellschaft eben auch eine Rolle spielen. Es ist in meiner eigenen Crew auch kritisiert worden, dass ich mir da Zeit genommen habe – Zeit, um eine wichtige

Entscheidung zu treffen und mitzutragen. Aber, meine Damen und Herren, die wichtigste Wahlkampfbegrenzung ist ja nicht eine Kostenbegrenzung, wo es immer auch einen schalen Beigeschmack gibt – siehe Bund, aber wir werden das heute, nehme ich an, alles einstimmig beschließen. Die wichtigste Begrenzung ist die zeitliche Begrenzung eines Wahlkampfes, denn Parteitagsreden werde ich im Landtag nicht halten. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich denke mir, es ist schwer, auch ich muss mir manchmal die Zunge abbeißen, aber es ist schon gescheiter, wenn wir auch in Wahlzeiten den Geist der Zusammenarbeit nicht verlieren und es ist für mich schon eine Selbstverständlichkeit, dass eine Arbeit, die viereinhalb Jahre in dieser Zukunftspartnerschaft gut gelungen ist und von der drei Viertel der Steirerinnen und Steirer sagen, sie sind mit der Landesregierung zufrieden, nicht wegen eines Wahltermins plötzlich schlechtgeredet wird von den handelnden Personen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie werden, darf ich abschließend sagen, keine schlechten Worte von mir hier hören, das haben Sie auch in den letzten viereinhalb Jahren auch gegenüber der Opposition nicht gehört. Das ist eine Erfahrung, die man macht. Ich war bei Wahlen schon ganz unten, ich bin halt jetzt ein Stückelr weiter oben. Vorverlegen hätte ich längst können, wenn es darum gegangen wäre das Wohl der Partei in den Mittelpunkt zu stellen – das haben wir nicht gemacht. Mir ist jede Art von Schadenfreude abhandengekommen und es ist in mir eingebrannt, die Zusammenarbeit fortzusetzen.

Zum Handschlag sage ich nur, da gibt es zwei Seiten, die einen Handschlag einzuhalten haben. Es gibt einen Handschlag, der heißt für mich „Wir haben jetzt zwei Perioden hinter uns, wo wir Projekt für Projekt Tag für Tag abgearbeitet und zum überwiegenden Teil erfolgreich abgeschlossen haben durch die Zusammenarbeit, durch den Handschlag“, noch viel wichtiger aber ist: Meine Hand bleibt ausgestreckt. Denn für mich ist die Koalition nicht beendet. Ich bin bereit zur Arbeit bis zum letzten Tag, um die Zusammenarbeit fortzusetzen. Meine Damen und Herren, die Zusammenarbeit über alle Parteigrenzen hinweg, das ist das, was in den Grundsatzfragen dieses Landes die Steiermark braucht. Glückauf. *(Beifall bei der ÖVP – 10.29 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mario Kunasek.

LTabg. Kunasek – FPÖ (10.30 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, geschätzte Abgeordnete!

Aus meiner Sicht beginnt ein guter Tag mit der Beendigung einer massiv zerrütteten und, wie man an den Wortmeldungen des Herrn Landeshauptmannes und seines Stellvertreters gesehen hat, auch handlungsunfähigen Landesregierung (*Beifall bei der FPÖ*), die, meine sehr geehrten Damen und Herren, und man hat es in den Wortmeldungen ja gesehen, die Vergangenheit beschwört, aber in Wirklichkeit nicht in der Vergangenheit der laufenden Gesetzgebungsperiode, sondern in der Gesetzgebungsperiode der Reformpartnerschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass wir längst nicht alle Projekte und Reformen, die Landeshauptmann Voves damals mit Schützenhöfer vorangetrieben hat, unterstützt haben. Stichwort Gemeindestrukturreform, Herr Landeshauptmann, du hast sie angesprochen. Aber eines war in dieser Phase zwischen 2010 und 2015 erkennbar, dass es hier eine Landesregierung gibt, wie Herr Landeshauptmann jetzt auch hier ausgeführt hat, die Projekte vorangetrieben hat, die versucht hat aus ihrer Sicht das Richtige zu tun, es populär zu machen, wie du gesagt hast, Herr Landeshauptmann, nur leider vergessen hat die Bevölkerung mitzunehmen, aber zumindest den Versuch gestartet hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steiermark voranzubringen. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, ist dieser Landesregierung seit 2015 nicht einmal im Ansatz gelungen. (*Beifall bei der FPÖ*) Das einzige Regierungsprojekt, das seit Jahren diskutiert wird, und, so wie es aussieht, auch kläglich scheitern wird, ist die Gesundheitsreform und das Leitspital in Liezen. Viele andere Dinge wurden im besten Fall per Überschrift oder im 16-seitigen Regierungsprogramm der „Koalition Zukunft Steiermark“ angekündigt, aber nicht ansatzweise umgesetzt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb haben wir auch diesen Antrag eingebracht und damit der Landesregierung, allem voran natürlich dem Landeshauptmann ein Instrument in die Hand gegeben, nämlich zu sagen: „Ja, wir wollen „weiterarbeiten“ – unter Anführungszeichen gesetzt“ oder „Nein, es ist eine weitere Zusammenarbeit nicht möglich.“ (*Beifall bei der FPÖ*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese Zusammenarbeit nicht möglich ist, hat ja vor allen Dingen die Wortmeldung des Landeshauptmannstellvertreters heute gezeigt. Ich sage deshalb ja, es war die richtige Entscheidung diesen Antrag einzubringen und ja, Herr Landeshauptmann, es war auch die richtige Entscheidung diesem Antrag dann letztlich auch mit Unterstützung der Grünen zuzustimmen, weil es um die Zukunft unserer Heimat

Steiermark geht und weil keiner von uns einen Dauerwahlkampf bis zur Mitte des Jahres 2020 möchte. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man das Scheitern dieser Landesregierung geschichtlich aufarbeiten will, dann muss man natürlich zurück an den Wahntag im Mai 2015 gehen, wo ja schon skurril diese Landesregierung aufgenommen hat – nämlich, dass der Zweite, also eigentlich der Wahlverlierer, nämlich Hermann Schützenhöfer und die ÖVP, den Landeshauptmann stellt und der eigentliche Wahlgewinner, damals Franz Voves, zurückgetreten ist und seinem Nachfolger – der in weiterer Folge auch einen, sage ich einmal überforderten Eindruck gemacht hat – den Auftrag gegeben hat als Zweiter, als Minipartner in diese Landesregierung zu gehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ, mit vielen von euch und von Ihnen habe ich durchaus gute Gespräche immer geführt, das werden wir auch in Zukunft tun. Es sei mir schon erlaubt anzumerken, dass ihr von diesem Minipartner, obwohl die Wahl gewonnen wurde, zu einem Mini-Mini-Minipartner im Laufe der Zeit geworden seid. *(Beifall bei der FPÖ)* Oftmals hat man schon das Gefühl gehabt, um es militärisch auszudrücken: Es hat jeden Montag eine Befehlsausgabe am Karmeliterplatz gegeben, wo alle Landesregierungsmitglieder der SPÖ brav auch erschienen sind, sich den Tagesbefehl abgeholt haben, um dann sozusagen in die nächste Arbeitswoche oder in die nächste Dienstwoche zu gehen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann und darf nicht der Anspruch einer Regierungsmannschaft sein, auch wenn man freiwillig in die zweite Reihe tritt, dann muss man doch auch Gestaltungswillen und Gestaltungskraft gegenüber seinem Koalitionspartner aufbringen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich mache jetzt eines nicht, ja, weil das wäre jetzt sozusagen fast zu einfach, einfach aus der Oppositionssicht die Verfehlungen, die Missstände, die Malversationen, die Kritikpunkte hier taxativ jetzt aufzuzählen. Aber es sei mir erlaubt – weil das auch Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter versucht haben, die positiven Leistungen dieser Landesregierung aufzuzeigen – ein paar für uns wichtige Punkte hier zu skizzieren, wo eben es nicht gelungen ist, die Steiermark voranzubringen. Beginnen wir bei einem Dauerthema, bei einem, ja, ich sage einmal Bereich, der uns Freiheitlichen wichtig ist und der hier im Landtag außergewöhnlich oft auch diskutiert wurde, nämlich den Bereich des Sozialressorts und der Zustände, die im Bereich der Mindestsicherung geherrscht haben.

Sehr geehrte Frau Landesrätin Kampus, ich wiederhole mich nicht. Aber eine Beratungsresistenz, wie du sie gelebt hast in dieser Regierungsperiode, findet man äußerst selten – selbst dann, wenn der Landesrechnungshof diese Malversationen und Missstände aufzeigt. Deshalb sage ich, hier in diesem Bereich gibt es mehr als nur viel zu tun, das ist in Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Baustelle, die hier hinterlassen wird. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Barbara Eibinger-Miedl, ich schätze dich sehr, wir kennen uns aus gemeinsamen Zeiten aus dem Parlament – du als Bundesrätin damals, ich ein noch jüngerer Abgeordneter. Aber, wo war die Leistung? Wo war die Leistung, meine sehr geehrte Frau Kollegin? *(LTAbg. Schwarz: „Beim Meischberger sicher nicht! Der war nicht schlecht.“ – Große, anhaltende Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, verbunden mit zahlreichen unverständlichen Zwischenrufen)* Wenn die Leistung ist als EU-Landesrätin die Maßnahmen der EU zu verteidigen, dann sage ich: Gut gemacht. Wenn es aber darum geht, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP – und die Lautstärke, die Sie jetzt noch da an den Tag legen, hätte ich mir gewünscht auch von der Frau Landesrätin, wenn es darum geht, gegen dieses sinnlose und wirtschaftsfeindliche Rauchverbot aufzutreten, wo Sie ja sogar noch Vorschub geleistet haben. *(Heiterkeit verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen bei den Abgeordneten der ÖVP)*, um letztlich dann mit den Sozialisten auf Bundesebene dieses Rauchverbot umzusetzen. Da wäre Lautstärke angebracht gewesen, da brauchen Sie gar nicht hereinschreien. *(Beifall bei der FPÖ)*

Oder, lieber Toni Lang, ein aus meiner Sicht sehr konzilianter, *(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Da muss er jetzt sicher selber lachen.“)* auch vorausblickender Landesrat, der allerdings das Problem hat, dass er diese Schuldenpartnerschaft der letzten Jahre konsequent verteidigen hat müssen und ich glaube wahrscheinlich insgeheim froh ist, das jetzt nicht mehr tun zu müssen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist denn gelungen im Bereich der Budgetkonsolidierung in der laufenden Gesetzgebungsperiode? Ich glaube, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Mit einem Schuldenstand von über 5 Milliarden Euro, mit einer Neuverschuldung, die nach wie vor passiert, ist leider auch Landesrat Toni Lang gescheitert, nachdem er vom Landeshauptmannstellvertreter dieses Finanzressort übernommen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Landesrat Seitinger, einer der viel unterwegs ist – ich glaube, der hat am Dienstwagen die meisten Kilometer –, der es aber auch nicht geschafft hat, das Bauernsterben einzudämmen. Wo die ÖVP immer auch dabei ist bei

Marktliberalisierung, wo es eben gegen die kleinstrukturierte Landwirtschaft auch in der Steiermark geht und der, und das ist eigentlich der größere Vorwurf, lieber Hans, das Wohnressort – ein unmittelbar wesentlicher Bereich für alle Steirerinnen und Steirer, wenn es um leistbares Wohnen geht – so als Nebentätigkeit irgendwo betrachtet hat, wo man keine Impulse erlebt hat, wie es auch Graz vorgelebt hat, (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „*Warst du dabei?*“ – *Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) nämlich leistbares Wohnen, den Zugang auch für unsere Österreicher und Steirer in erster Linie zum geförderten Wohnbau sicherzustellen. (*Beifall bei der FPÖ*) Lieber Hans Seitinger, das sei mir erlaubt.

Zu Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer fällt mir nicht viel ein, außer dass kein Steirer weiß, für was die SPÖ in Wahrheit steht. Selbstverständlich, lieber Michael Schickhofer, du bist ja nicht nur Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat in der Funktion, die bist ja auch Parteiohmann einer damals Wahl gewinnenden Partei, der SPÖ, und du hast es nicht geschafft diesen Schwung mitzunehmen, die Füße auf den Boden zu bekommen und als das aufzutreten, was der Plan gewesen ist, nämlich als die dynamische Hälfte dieser Koalition und dieser Zukunftspartnerschaft.

Hermann Schützenhöfer als Verwalter, als einer, der viel unterwegs ist, wo aber mir persönlich und vielen anderen auch die Zukunftsvision für die Steiermark definitiv fehlt. Der auch nicht bereit gewesen ist, im Bereich der Sozialhilfeverbände als Beispiel endlich auch Reformen durchzusetzen, gemeinsam mit uns, gemeinsam mit der Sozialdemokratie, um hier dieses Millionengrab entsprechend auch zu reformieren.

Zu Frau Landesrätin Lackner fällt mir wenig ein. Sie ist eigentlich seit der Angelobung sehr – ich sage jetzt nicht abgetaucht, aber außer der Schließung der Landesberufsschule Gleinstätten und der Kleinschulen ist die Performance im Bildungsbereich mehr als nur dürftig, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das hat Herr Landeshauptmann heute angesprochen. Natürlich Forschung, Entwicklung – aber auch Bildung sind die Triebfeder einer funktionierenden Gesellschaft und eine wesentliche Säule auch für die Steiermark, da braucht es mehr an Impuls, den wir als Freiheitliche in diesem Bereich auch geben möchten, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*)

Kurz zusammengefasst, ich hoffe, ich habe jetzt keinen vergessen – Herr Landesrat Drexler kommt heute ohnehin noch bei der Dringlichen zur entsprechenden Debatte. (*Präsidentin Kolar: Herr Klubobmann, ich bitte dich zum Schluss zu kommen. Deine Zeit ist bereits überschritten.*“ – Landesrat Mag. Drexler: *Unverständlicher Zwischenruf – Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP*) Gibt es eine Zeitbeschränkung, ja, dann werde ich zum Ende

kommen. Meine Damen und Herren, ich sage, heute ist ein guter Tag, wir beenden (*LTA*bg. Schwarz: „Mario, was war denn deine Leistung?“) eine bereits massiv zerrüttete Landesregierung. Eine Ehe wird heute geschieden.

Es beginnt jetzt das freie Spiel der Kräfte hier im Landtag – und da sage ich auch ganz offen namens meiner Fraktion: Selbstverständlich werden wir dort, wo es vernünftige Ideen gibt, diese Ideen auch mittragen, was auch heute passieren wird. Ich sage auch, die Wahlkampfkostenbeschränkung von einer Million Euro ist so eine vernünftige Maßnahme, die wir, so hoffe ich, auch gemeinsam treffen. Es braucht einen fairen, einen kurzen und einen kostengünstigen Wahlkampf, um, die Hoffnung stirbt zuletzt, bereits zu Weihnachten eine Landesregierung zu haben, die wirklich an der Zukunft der Steiermark vernünftig und Ziel orientiert arbeitet. Wir Freiheitliche sind gerne bereit mitzuarbeiten und mitzutun, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ – 10.42 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. **Klimt-Weithaler – KPÖ** (*10.42 Uhr*): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen, werte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Wissen Sie eigentlich, was die Landtagswahl 2015, die Grazer Gemeinderatswahl 2017, die Nationalratswahl 2017 und die Nationalratswahl 2019 gemeinsam haben? Es wurden alle vorverlegt – alle auf Betreiben oder mit der Volkspartei. Jetzt kann man sagen, gut, heute debattieren wir hier auch wieder darüber, dass eine Wahl vorverlegt wird, reiht sich ein – kann man so stehen lassen. (*LTA*bg. Riener: „Also, ich weiß nicht. Das ist wohl ein Witz – 2017 ...“) Ich habe gesagt, die meisten auf Betreiben, aber alle mit der Volkspartei. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen*) Jetzt seid ihr jetzt schon so aufgeregt, jetzt habe ich noch gar nicht angefangen, Barbara. Beruhigt euch, da kommt noch was. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP, verbunden mit Heiterkeit*) Wenn man sich aber anschaut, wie die Bevölkerung reagiert, welche LeserInnenbriefe geschrieben werden, was in den sozialen Medien abgeht, dann muss man schon der Ehrlichkeit halber sagen, gar so begeistert sind die Steirer und Steirerinnen jetzt nicht, dass sie schon wieder zur Wahl gerufen werden. Das kann man jetzt gut oder schlecht finden – ich möchte auch ein bisschen in der Geschichte dieses Landtages zurückgehen. Ich gehe nicht

ganz so weit zurück, wir sind ja seit 2005 wieder da, nach einer sehr langen Abwesenheit, aber wir sind offensichtlich damals gekommen, um zu bleiben. Damals war eine ganz spezielle Situation: Wir hatten keine freiheitliche Partei im Landtag, wir hatten erstmals eine SPÖ-Landesführung mit Franz Voves, wir hatten drei Grüne Abgeordnete und vier kommunistische Abgeordnete. Und obwohl damals rechnerisch eine linke Mehrheit hier gesessen ist, gab es trotzdem eine große Koalition. An eines der ersten Interviews kann ich mich erinnern vom damaligen Landeshauptmann, Franz Voves: „Ich lasse mich sicher nicht ins rot-rote Eck stellen“, war seine Meinung. Er hat die große Koalition gesucht, aber vielleicht war das damals ein Fehler, sage ich, für den Zustand der Sozialdemokratie heute. Nach außen hin wurde damals sehr viel gestritten. Interessanterweise wurden aber fast alle Regierungsbeschlüsse dann dennoch einstimmig gefasst. Das heißt, das hat man dann in der nächsten Periode gleich nach außen hin auch so gemacht und die sogenannte Reformpartnerschaft gegründet. Da ging dann plötzlich kein Löschblatt mehr zwischen Franz und Hermann und sie haben kommuniziert, dass Reformen weh tun müssen – das glaube ich nach wie vor nicht, denn immer dann, wenn der Schmerz für die Bevölkerung am größten ist, sollte man sich überlegen, ob man vielleicht etwas falsch gemacht hat. Da hat man diese Periode so gut weitergebracht, dass man letztendlich am Wahlabend dagestanden ist und gesehen hat: Besonders goutiert haben diese schmerzhaften Reformen die Menschen nicht. Dann gab es neue Partnerschaft zwischen SPÖ und ÖPV – die sogenannte Zukunftspartnerschaft. Jetzt könnte man natürlich heute süffisant sagen, gar so lange hat die Zukunft nicht gedauert – aber man hat sie so benannt und man hat erklärt: „Wir ziehen gemeinsam weiter und auch jetzt soll kein Löschblatt zwischen uns passen.“ Vorigen Montag war es noch so – Sonderlandtag zum Thema „Leitspital Liezen – Gesundheitsversorgung“: Tosender Applaus von beiden großen Fraktionen SPÖ und ÖVP, wenn hier ein Abgeordneter von SPÖ und ÖVP gestanden ist. Ist Ihnen das heute aufgefallen? Man beklatscht sich nicht mehr. Ich finde ja, das ist eigentlich dieses Hauses nicht würdig, dass man so miteinander umgeht, aber das ist Ihre Entscheidung. (*Landesrat Mag. Drexler: „Wie oft klatscht ihr?“*) Naja, mir ist ja oft lieber, die Bevölkerung klatscht, gell.

Jetzt haben wir folgende Situation: Jetzt sagt Herr Landeshauptmann Schützenhöfer, wir haben mit dem Antrag der FPÖ eine völlig neue Situation u.z. völlig neu – Montag zu Mittag war noch alles eitel Wonne, Montagnachmittag haben wir plötzlich eine völlig neue Situation. Jetzt muss ich ganz ehrlich sagen, die SPÖ kann einem ja wirklich leidtun. Ihr habt jetzt wirklich vier Jahre lang (*LTAvg. Fartek: „Viereinhalb Jahre.“*) – viereinhalb – alles

mitgetragen, jetzt könnte man böse behaupten „euch ausziehen lassen bis aufs letzte Hemd“ und jetzt lässt euch die ÖVP so „ins Messer rennen“. Das ist nicht fair – finde ich auch nicht fair. Aber man sollte sich halt immer vor Augen halten, mit denen man sich ins Bett legt, wacht man halt dann auch in der Früh auf. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP*) Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer hat gesagt: „Wir sind die stimmenstärkste Partei.“ Ja, das hat man leider in den letzten viereinhalb Jahren nicht gemerkt. Es hat sehr viele Anträge gegeben, wo wir uns gewünscht hätten, dass die Sozialdemokratie aufgrund ihrer eigenen Ideologie hergeht und sagt: „Ja, das wollen wir.“ Warum auch immer ihr euch nicht durchgesetzt habt, das ist sehr schade. Aber sich jetzt herzustellen und zu sagen: „So, jetzt sind wir die, die Schwarz-Blau verhindern werden“, das wird euch vermutlich nicht mehr jeder abkaufen. Denn auch schon bei der letzten Wahl habe ich oft gehört: „Ich muss jetzt den Voves wählen, um Schwarz-Blau zu verhindern.“ Die Leute haben Voves gewählt und Schützenhöfer bekommen. (*LTabg. Schwarz: „Ist Schwarz-Blau gekommen, Claudia?“*) Nein, aber die Politik war leider nicht besser. Ich hätte mir mehr von der Sozialdemokratie erwartet. (*Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen*) Jetzt tritt die ÖVP so selbstbewusst auf, stellt sich her und sagt: „Wir haben eigentlich alles total super gemacht“, und jetzt lassen wir uns von der FPÖ anschaffen, dass wir früher wählen müssen, wenn ihr ohnehin alle alles so super gemacht habt? Warum machen wir die Periode dann nicht fertig? (*LTabg. Riener: „Machen wir praktisch schon.“*) Warum es die FPÖ sagt, weiß ich schon. Die FPÖ hat ja auch einiges zu verdecken und muss von eigenen Skandalen ablenken. Ihr macht einen Neuwahlantrag mit einer FPÖ, die das Wort „Fremdschämen“ neu definiert hat in den letzten Monaten. Es wissen alle, wovon ich spreche, ich brauche es nicht noch einmal sagen. Wir sind wirklich mit einem schlechten Image behaftet als Politiker und Politikerinnen. Ihr habt noch einmal eines draufgesetzt, ja. Jetzt müssen sich viele von uns sagen lassen: „Ihr seid eh alle gleich. Das ist die Gangart der Politik. Den Strache und den Gudenus haben sie halt erwischt.“ Das ist grauslich. Es ist wirklich grauslich. Und mit so einer Partei beschließt die ÖVP jetzt, die sich immer herstellt und sagt: „Wir sind die Seriösesten überhaupt“, eine Neuwahl, ja. (*Landesrat Mag. Drexler: „Ja, aber Frau Klubobfrau, wer hat die Volksbefragung im Ennstal gemacht? Wer hat die Umfrage in die Wege geleitet?“*) Ja, darauf können wir sehr gerne eingehen, Herr Landeshauptmann. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP*) Es ist nämlich ein Unterschied, ob ich hergehe und viereinhalb Jahre lang erkläre: „Mein Partner, die SPÖ, ist so super“, und ihr dann ausrichten lasse: „Aber jetzt sagt die FPÖ, wir müssen neu wählen und

jetzt machen wir es.“ Oder ob ich hergehe und sage: „Ich nütze das Gesetz, das Volksrechtegesetz, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben über eine Sache abzustimmen, die die Steiermark nachhaltig verändern wird.“ (*Beifall bei der SPÖ und KPÖ*)

Da können wir gerne darüber diskutieren und zu diesem Eindruck stehe ich nach wie vor.

Aber zurück zur ÖVP: Auch Ihnen möchte ich ins Stammbuch schreiben, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann. Sie werden sehr gut überlegen müssen, mit wem Sie sich nach dieser Wahl „ins Bett legen“, denn auch Sie werden mit demselben Partner wieder aufwachen. Da bin ich schon gespannt. Ich hoffe nicht, dass man uns dann bald wieder erklären muss: „Genug ist genug“, gell. Wir lehnen kategorisch und strikt ab, dass wir diese Neuwahl jetzt aus wahltaktischen Gründen vom Zaun brauchen.

Ich brauche keine Vergleiche von zerrütteten Ehen, ja. Ich brauche auch keine Ansagen: „Naja, es geht ja in diesem oder jenem Punkt nichts weiter.“ Das teile ich mit Michael Schickhofer, wir sind gewählt worden und wir haben fünf Jahre zu arbeiten.

Ich kann doch nicht jedes Mal, wenn die Umfragen gerade günstig sind, sagen: „Jetzt suchen wir einen Grund“, und ich darf Ihnen dazu jetzt, weil ich vorhin schon die Bevölkerung erwähnt habe, folgendes vorlesen. Eine Diskussion in den Sozialen Medien, warum diese Neuwahl jetzt ausgerufen wird. Da schreibt jemand: „Das hat alles nichts mit uns Menschen in der Steiermark zu tun oder mit den Problemen, die zu lösen sind. Was will er denn mehr,“ – der Landeshauptmann ist gemeint – „als ein paar Regierungssitze? Den Landeshauptmann hat er ja schon. Es ist jede Voraussetzung gegeben, die beste Arbeit zu leisten. Eine Wahl ist kein Kindergeburtstag, den ein Fünfjähriger Monate lang herbeisehnt, weil es dann endlich das Fahrrad gibt.“ Ich finde, das trifft es genau. Im Übrigen hat diese sehr weisen Worte Ingrid Lechner-Sonneck geschrieben, die von mir sehr geschätzte, ehemalige Klubobfrau der Grünen.

Jetzt bin ich bei den Grünen. Die größte Enttäuschung, die ich in diesen letzten Wochen erlebt habe, ist die Entscheidung der Grünen zu sagen: „Wir unterstützen diesen Neuwahlantrag“, und zwar vor allem deswegen enttäuschend, weil der liebe Herr Landeshauptmann ja sehr geschickt mehrmals formuliert hat: „Mit der FPÖ alleine mache ich das nicht. Aber wenn ich noch jemanden finde.“ Von euch habe ich mir mehr erwartet, denn ich bin im Übrigen auch derselben Meinung wie der ehemalige Kollege Peter Hagenauer: „Wer in einer parlamentarischen Demokratie die Legislaturperiode verkürzt, ist verpflichtet das gut zu begründen.“ Der Hinweis auf drohenden Wahlkampf reicht da sicher nicht – gute Umfragewerte meiner Meinung nach auch nicht, auf keinen Fall (*Beifall bei der KPÖ und der*

SPÖ). Das Einzige, was ich euch allen hier noch sagen möchte, ist, dass das, was wirklich zählt, Haltung ist. Es geht um eine Haltung. Wir haben alle unterschiedliche Vorstellungen und Visionen, wie wir Politik machen wollen. Wir haben wahrscheinlich auch alle unterschiedliche Vorstellungen von einer besseren Welt – da kann man darüber diskutieren, da kann man manches gut oder schlecht finden. (*Präsidentin Kolar: „Frau Klubobfrau, ich bitte dich zum Schluss zu kommen.“*) Entschuldigung, Frau Präsidentin.

Aber eines lassen Sie sich wirklich „hinter die Ohren schreiben“: Bleiben Sie bei dem, wofür Sie sich wählen haben lassen. Das ist das, was die Steirerinnen und Steirer verdient haben. Dankeschön. (*Beifall bei der KPÖ – 10.53 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Barbara Riener. Bitte, Frau Kollegin!

LTAbg. Riener – ÖVP (10.54 Uhr): Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesrätinnen, werte Landesräte! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben in dieser Regierungsperiode in unserer Zukunftspartnerschaft, mit der SPÖ, vieles zustande gebracht und die Steiermark vorwärtsgebracht. Ich darf ein paar markante Punkte nenne, es wurde schon auch angeführt, aber es gibt ein paar Ergänzungen auch von meiner Seite: Erwähnt wurde bereits, wir sind Forschungs- und Entwicklungsland Nummer Eins, und das auch abzusichern für die nächsten Jahre und Jahrzehnte ist uns hoffentlich auch gelungen, insofern, dass es eben auch in die lange Zukunft hineinwirkt. Im Tourismusbereich jagt eine Rekordmeldung die andere. Also, gute Arbeit. Der Gesundheitsplan 2035 wird Schritt für Schritt umgesetzt. Im Sozialbereich haben wir viele Herausforderungen, ja, Herr Klubobmann Kunasek, aber wir haben auch vieles gut gemeistert, wenn ich die Flüchtlingswelle anschau, wo die Steiermark sehr, sehr gefordert war. Wenn ich anschau, dass wir die Sozialhilfeleistungen auch angepasst haben, um zu steuern. Wenn wir das Wohnunterstützungsgesetz beschlossen haben. Wenn ich anschau, dass wir Verbesserungen im Behindertenbereich gemacht haben. Auch zu erwähnen, dass die Kinderbetreuungen ausgebaut und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Und der Weg zur Budgetkonsolidierung wird konsequent fortgesetzt und gegangen. Das sind nur einige Beispiele. (*Beifall bei der ÖVP*) Diese Bilanz kann sich sehen lassen, werte Kolleginnen und

Kollegen. Und das ist ein Ergebnis einer guten Zusammenarbeit mit der SPÖ. *(Beifall bei der ÖVP)* Aber es gibt auch andere Realitäten. Überraschend brachte vorige Woche die FPÖ nach der Sonderlandtagssitzung einen Antrag auf Auflösung des Landtages ein. Die FPÖ unterstreicht damit und heute ist es auch beim Klubobmann Kunasek wirklich ganz klar durchgekommen, unterstreicht damit, was schon seit Mai sichtbar war, nämlich, dass ein Dauerwahlkampf seit Mai mit der Europawahl, mit der Nationalratswahl im September, mit der Gemeinderatswahl im März und dann auch mit der Landtagswahl im Mai läuft und weiter zu erwarten ist. Da stellt sich wohl die Frage: Ist das für die Steiermark wirklich zumutbar bzw. ist das sinnvoll? Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer als verantwortungsvoller Politiker hat deshalb, wie wir heute von ihm persönlich gehört haben, auch viele Gespräche geführt mit allen Parteien, mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Interessensvertretungen, mit Sozialpartnern und darüber hinaus, hat sich ein Bild gemacht und hat die Meinungen eingeholt. Das Ergebnis ist, den Wahltermin im November festzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP)* Nach viereinhalb Jahren guter Zusammenarbeit mit der SPÖ, wo wir viele Beschlüsse gemeinsam gefasst haben, sind wir uns in diesem Punkt nicht einig. Und das finde ich sehr, sehr schade. Denn, warum ist es wichtig die Landtagswahl auf den November festzusetzen. Den Steirerinnen und Steirern soll ein einjähriger Dauerwahlkampf erspart bleiben. *(Beifall bei der ÖVP)* Weiters, das neue Jahr 2020 soll mit einer rasch handlungsfähigen Regierung beginnen, die sich voll auf die Herausforderungen der sich veränderten Wirtschaftssituation konzentrieren kann und nicht deren Arbeit vom Dauerwahlkampf überlagert wird. *(Beifall bei der ÖVP)* Weiters soll mit einem neuen Regierungsprogramm auch notwendige langfristige Entscheidungen und Weichen gestellt werden. Das ist für die Steiermark, die ein lebenswertes Land ist, wie wir alle wissen, wo Menschen gerne zu uns auf Besuch kommen, wo wir leben dürfen und arbeiten dürfen, das ist für diese Steiermark immens wichtig, dass wir mit Weitblick Politik machen und deswegen neu durchstarten. Und da sage ich nur als Beispiel: Klimaschutz, Gesundheitsreform, Sozialbereich usw. *(Beifall bei der ÖVP)* Also, sehr geehrte Damen und Herren, mein Fazit: Mit neuem Schwung ins neue Jahr, als Basis für gute Weichenstellung im neuen Jahrzehnt für die Steiermark. Eine kluge Entscheidung, Herr Landeshauptmann, im November zu wählen für die Steiermark von morgen. *(Beifall bei der ÖVP – 11.00 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsmitglieder, sehr geehrte Zuhörerinnen hier im Saal und im Livestream!

Es ist heute schon ganz viel um Haltung gegangen. Viele Menschen, die hier an diesem Pult waren, haben das Wort Haltung in den Mund genommen. Meine Haltung zu dem was heute abgeht, war eigentlich im Mai schon klar. Falls sich einige von Ihnen vielleicht doch noch erinnern, bereits im Mai habe ich nach der Ibiza-Affäre, nachdem dieses furchtbare Video über uns alle eigentlich, wie Claudia auch schon gesagt hat, wirklich ein widerliches Bild ergossen hat und uns alle mithineingezogen hat, habe ich bereits gefordert, dass wir die Landtagswahl mit der Nationalratswahl zusammenlegen. Und zwar nicht nur, um uns einen Dauerwahlkampf zu ersparen, sondern vor allem, und das ist der Grund warum ich heute vor allem überzeugt bin, dass es wichtig ist früher zu wählen, weil in dem wesentlichsten Thema, das für uns unsere Lebensgrundlagen sichern müssen, in diesem wesentlichsten Thema diese Landesregierung völlig versagt hat und zwar als Ganzes. *(Beifall bei der Grünen)* Und bei diesem Thema, da werde ich dann sagen und mich hinstellen, „es ist ein guter Tag für die Steiermark“, wenn endlich der Erhalt unserer Lebensgrundlagen für die Regierenden in diesem Land zur Priorität Nummer Eins wird. Und es ist ja recht entlarvend irgendwie, Barbara Riener hat das Wort Klimaschutz jetzt zwar einmal sogar verwendet, aber es gibt da, wo es sonst ja sehr viel Ähnlichkeiten gibt zwischen der Haltung von Landeshauptmann Schützenhöfer und dem ehemaligen Bundeskanzler Kurz, eine doch gravierende Unterscheidung. Der Bundeskanzler Kurz tut zumindest so, als wäre Klimaschutz ... *(LTAbg. Schweiner: „Ehemalige Bundeskanzler!“)* ... ehemalige Bundeskanzler - er tut auch immer noch so als wäre er Bundeskanzler, deshalb passiert das dann leicht – *(Landesrat Mag. Drexler: „Wird schon wieder werden.“)* der ehemalige Bundeskanzler Kurz, der Altkanzler Kurz, tut zumindest so, als wäre ihm Klimaschutz wichtig. Der Herr Landeshauptmann Schützenhöfer tut ja nicht einmal so, als wäre es ihm wichtig. Er hat das Wort, meines Erachtens, in all seinen Begründungen, die er da versucht hat uns darzustellen, kein einziges Mal verwendet. Klimaschutz kommt offensichtlich in der Wahrnehmung der ÖVP und auch in der Begründung für das, was sie für dieses Land wollen, nicht vor. Aber zurück zu der Historie dieser Neuwahl. Die Verantwortung dieser Neuwahl hat die ÖVP zu übernehmen, das ist einmal ganz klipp und klar, steht fest für mich. Ich wäre ja froh, wenn sie sonst so viel Wert legen würde auf unsere Meinung z. B. beim Thema Klima- und Umweltschutz, beim Erhalt unserer Lebensgrundlagen, wie sie versucht hat darzustellen. Ich jedenfalls habe die

Begründung in diesem relativ bizarren Presseauftritt des Landeshauptmannes Schützenhöfer nicht verstanden. Für mich ist wichtig, deswegen stehe ich ja da zu begründen, warum ich das richtig finde. Ich habe den Hauptgrund im Grunde schon gesagt. Im wesentlichsten Thema, und in vielen anderen auch, aber in dem für mich wesentlichsten Thema dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen herrscht seit viereinhalb Jahren hier Stillstand. Ihr alle, die hier herinnen sitzt, habt es mitbekommen wie oft wir Initiativen versucht haben zu setzen und gesetzt haben, 140 Initiativen im Umwelt- und Klimabereich, die allesamt abgelehnt wurden. 365 Euro Ticket diese ganze Periode hindurch abgelehnt. Es ist nicht nur der Stillstand alleine, der es ist, es ist vor allem dieses völlige Versagen in der Klimapolitik, die diese Landesregierung über diese viereinhalb Jahre an den Tag gelegt hat. Ich habe letztens im Unterausschuss Klimaschutz, der dann so pseudohalber eingerichtet worden ist, um so zu tun, als würde man eh was tun wollen, auch gesagt: Ich bin nicht in die Politik gegangen, weil ich nicht einen anderen tollen Beruf hätte, sondern, ich bin dafür in die Politik gegangen, weil ich glaube, dass wir es unseren Kindern schuldig sind unsere Lebensgrundlagen zu sichern, ihnen eine lebenswerte Zukunft zu sichern und das sehe ich nicht in dieser Landesregierung. Das habe ich viereinhalb Jahre jetzt nicht gesehen. Und ich habe bis jetzt auch keine Ansätze gesehen, dass da irgendeine Veränderung reinkommt und auch nicht nach dem heißesten Sommer letztes Jahr und auch nicht nach dem zweitheißesten dieses Jahr, nicht nach all den Klimakatastrophen. Es brennt unser Haus, es brennt der Amazonasurwald, das hat auch etwas mit unserer Politik im Übrigen zu tun, und es ist höchste Eisenbahn, und kein halbes Jahr und kein Monat und keine Sekunde in Wirklichkeit Zeit zu verlieren, hier endlich das zu tun, was wir tun müssen. Und das habt ihr auch oder viele von euch im letzten Unterausschuss mitbekommen, fünf Experten von allen verschiedenen Fraktionen eingeladen, haben uns wieder ganz klar und deutlich erklärt, wir wissen alles was zu tun ist. Die Klimakrise ist keine Wissenskrise. Sie ist eine reine Krise des politischen Willens, die auch, und ja Claudia, auch hier in der Steiermark zum Ausdruck kommt. Ganz klar und deutlich. Für mich jedes Jahr wieder, in jeder Landtagssitzung wieder, bei jedem Versuch Vernunft einzubringen in dieses Geschehen Klimaschutz als Priorität zu verankern für das was wir wollen, damit wir in Zukunft ein gutes Leben für unsere Kinder sicherstellen können, ist nicht gelungen. Und alle Chancen, die damit in Verbindung stehen, die riesigen Chancen, eine nachhaltige Wirtschaft zu gestalten, Prof. Kirchengast hat es unlängst im Ausschuss gesagt, zehntausende Arbeitsplätze, nachhaltige Arbeitsplätze liegen im Klimaschutz darin, wenn wir von einer Verschwendungswirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft kommen, nachhaltige

Landwirtschaft unterstützen und das unterstützen, was unseren Kindern letztlich eine Zukunft sicherstellt. Was ist rausgekommen? Eine Klimaschutzenquête, die jetzt nicht mehr stattfinden wird, worauf aber wirklich niemand gewartet hat. (LTabg. Schwarz: „Weil ihr neu wählen wollt, deswegen findet sie nicht statt“) Und die genau an den bestehenden Verhältnissen gar nichts ändern würde. Wir brauchen keine Enquete. (LTabg. Schwarz: „Ihr wolltet ja eine.“) wir brauchen, dass endlich etwas passiert. (LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Grazer Bürgermeister, 30 Millionen.“) Wir wissen alles was zu tun ist, und das wurde über viereinhalb Jahre hier verweigert. Wir haben es vor viereinhalb Jahren auch schon gewusst, im Übrigen. (LTabg. Schwarz: „Ihr wolltet eine Enquete, verhindert sie – unglaublich.“) Was aber das Positive ist, und ich möchte jetzt auch positiv abschließen, weil ich ja daran glaube, dass wir diese Steiermark gut gestalten können. (LTabg. Dirnberger: „Die ist gut gestaltet. Wir haben ein wunderbares Land.“) Was das Positive ist, ist, dass jetzt schon Bewegung in die Sache gekommen ist, dass jetzt Bewegung in die Sache kommt, das zumindest, ich freue mich schon auf den nächsten Tagesordnungspunkt, ich habe jetzt irgendwie vernommen, der möge vielleicht sogar einstimmig durchgehen, nämlich die Begrenzung der Wahlkampfkosten, vor zwei oder drei Monaten bin ich noch dagestanden und es war keine Mehrheit dazu zu finden. Ich werde das dann noch genauer erläutern. Ja, jetzt kommt Bewegung in die Sache. Es finden sich plötzlich und es ist auch plötzlich möglich, Beschlüsse vielleicht durchzubringen, dies bisher immer an der beharrlichen Verweigerung der ÖVP gescheitert sind. Also eigentlich eine sehr konstruktive Möglichkeit positive Beschlüsse für die Steiermark durchzubringen. Ich bin überzeugt davon, zu tiefst davon überzeugt, dass ich die vielen und diese unzähligen jungen Menschen, auch meine eigenen Kinder, die immer sagen: „Eure Generation hat es verbockt, ihr seid schuld, dass wir jetzt dieses Dilemma haben mit der Klimakrise“, dass ich denen schuldig bin, so schnell wie möglich dafür zu sorgen, dass Klimaschutz und Umweltschutz eine Stärkung erfährt, und zwar überall auf jeder Ebene. Es gibt kein Ausreden mehr auf die Bundesregierung, auf Europa, auf Trump, auf Amerika. Wir sind hier verantwortlich. Und das bedeutet, ich kann nicht die Realität akzeptieren wie sie ist. Ich habe als Politikerin die Verantwortung, diese Realität verändern zu wollen, und das will ich so schnell wie möglich, weil wir jetzt eh schon wieder viereinhalb Jahre Zeit verloren haben, um die Chance zu nutzen. Ich bin absolut überzeugt, und werde diese Chance mit aller Kraft nutzen, um unseren Kindern in diesem Land und auch vielen anderen Menschen als Vorbild zu zeigen, dass wir diese Krise für eine positive Gestaltung dieses Landes nutzen können. In diesem Sinne bin ich froh, dass wir jetzt schnell die Möglichkeit bekommen

werden, Klima- und Umweltschutz auch in der Steiermark ernsthaft zu stärken. Danke.
(*Beifall bei den Grünen 11.10 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Kollegin Krautwaschl. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 3594/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe. Bedanke mich.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ und der Grünen angenommen.

Am Montag, dem 2. September 2019 wurde darauf ebenfalls um 10.50 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3564/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Gesetzliche Beschränkung der Wahlwerbungskosten für Landtagswahlen“ eingebracht.

Ich erteile Frau LTAbg. Sandra Krautwaschl das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Anton Lang und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.12 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich bin wieder da. Schade, dass der Herr Landeshauptmann schon wieder weg ist. Ich komme, wie angekündigt, und ich kann das angesichts der positiven Entwicklungen jetzt auch relativ kurz machen. Zu unserer Dringlichen Anfrage bezüglich gesetzliche Beschränkung von Wahlwerbungsausgaben für Landtagswahlen. Für mich, ich sage es gleich dazu, ist es höchst erfreulich, dass das jetzt schon als erster Schritt einmal gelungen ist, hier eine Beschränkung, wahrscheinlich, wie ich gehört habe sogar einstimmig, jetzt hier durchzubekommen, wo eigentlich in den letzten Jahren auch nur Stillstand geherrscht hat in diesem Punkt. Ich möchte ganz kurz die Historie dieser Wahlkampfkostenbeschränkungsanträge in der Steiermark noch einmal Revue passieren lassen. Wir haben schon, also die Grüne Fraktion hat schon im März – es ist eh schön, dass dann alle zustimmen, aber vielleicht noch ein bisschen zuhören. Ich mache es eh ganz kurz. Die Grüne Fraktion hat schon im März 2017 eine Beschränkung

gefordert per Antrag. Dieser Antrag wurde wieder einmal in einen Unterausschuss verwiesen und bis jetzt hat noch keine einzige Sitzung stattgefunden, erstaunlicherweise. Dann haben wir als nächstes das schon erwähnte Ibiza-Video, wo Strache und die FPÖ eben diesen widerlichen Einblick in ihr Politikverständnis von Parteienfinanzierung und in dieses Gefühl „man könne alles kaufen und verkaufen“ gegeben haben. Macht für Geld, Medien für Geld, Geld für Medien, da haben wir einfach beschlossen hier noch einmal ganz klar einen Schritt zu setzen und auch ... (*Präsidentin Kolar: „Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um die dementsprechende Höflichkeit und den Respekt der Frau Abgeordneten Sandra Krautwaschl zuzuhören.“*) Danke, wir wollten damit auch diese widerliche Grenzüberschreitung, die in diesem Video sichtbar wurde, wie es heute schon erwähnt wurde auch, und dieses Gefühl, dass wir da alle mithineingezogen werden und aus der Bevölkerung immer mehr die Rückmeldung kommt, „ihr seid eh alle gleich“, eben dem Einhalt gebieten und eine klare Grenze ziehen. Wir hätten uns damals, nachdem das damals die SPÖ gefordert hat, uns auf zwei Millionen auch geeinigt. Es war dann aber eine klare Ablehnung von ÖVP und SPÖ auch für diesen Antrag gegeben. Dann hat auch die ÖVP, kamen auch von der ÖVP in letzter Zeit einige Spendendinge ans Licht, die Sie wahrscheinlich oder offensichtlich nicht gerne am Licht haben wollten, nämlich die Stückelung von Parteispenden, die natürlich überhaupt gar nichts damit zu tun haben, für wen dann die ÖVP Politik machen will, wenn irgendwelche Milliardärinnen und Milliardäre dann so stückerweise spenden und das dann eben nicht gleich öffentlich machen muss. Hat natürlich nichts damit zu tun, wie die ÖVP danach agiert. Wie auch immer, die Vorverlegung der Landtagswahlen gibt uns jetzt eine gute Möglichkeit, und ich freue mich eben auch, dass bei dem Entschließungsantrag, den ich nachher noch einbringen werde, SPÖ, KPÖ und FPÖ auf jeden Fall auch mitaufgegangen sind und wir gemeinsam heute eine Begrenzung der Wahlkampfkosten auf eine Million wohl durchsetzen werden. Damit ist dafür eine Mehrheit hergestellt. Ich sehe das eben nicht ganz so wie der Landeshauptmann Schützenhöfer, dass das Geld da im Wahlkampf keine Rolle spielt, sondern es spielt sehr wohl eine Rolle, ob die ganze Steiermark zugepflastert ist primär mit Plakaten der Partei, die am meisten gestückelte Spenden eingenommen hat oder ob es so etwas gibt wie einen fairen Wettbewerb, eine faire Möglichkeit für alle sich zu präsentieren, da stehe ich auch dazu, man muss natürlich präsentieren, aber es darf nicht von einer Partei exorbitant ausgenutzt wird. Ich bin da für Fairness, für einen sparsamen Wahlkampf. Ich finde, das ist gut für die Demokratie, das ist gut für unser Land und gut für die Menschen. Insofern freue ich mich, dass dieser Antrag heute wirklich eine breite Mehrheit finden wird.

Unsere Dringliche Anfrage, und ich gehe davon aus, dass diese Antworten darauf schon klar sind, aber ich werde sie jetzt natürlich trotzdem noch einbringen an den Herrn Landesrat Lang.

Die Anfrage lautet:

1. Befürworten Sie eine Beschränkung der Wahlwerbungskosten auf eine Million Euro?
2. Werden Sie dem Landtag bis zur nächsten Sitzung eine Novelle zum Steiermärkischen Parteienförderungs-Verfassungsgesetz vorlegen, um die Wahlwerbungskosten schon für die kommenden Landtagswahlen auf eine Million Euro zu beschränken?

Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei den Grünen – 11.18 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Abgeordnete Krautwaschl. Ich erteile Herrn Landesrat Anton Lang das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (11.18 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich komme gleich direkt zur Beantwortung der an mich gerichteten Fragen und erlaube mir, beide Fragen zusammenzuziehen und in einem zu beantworten:

Heute um 08:30 Uhr hat eine Sitzung des Finanzausschusses stattgefunden. Im Zuge dieses Ausschusses wurde für kommenden Dienstag, das ist der 10. September d.J., ein Termin für die Abhaltung eines Unterausschusses vereinbart.

Dort werden die noch offenen Fragen zum Gesetzesentwurf von den Abgeordneten und Expertinnen und Experten diskutiert und nach Abschluss dieser Verhandlungen wieder dem Ausschuss und in weiterer Folge dem Landtag Steiermark zur Beschlussfassung vorgelegt.

Als für die Finanzen zuständiges Regierungsmitglied will ich natürlich diesen Beratungen nicht vorgreifen. Ferner möchte ich daran erinnern, dass ausschließlich der Hohe Landtag für die Beschlussfassung von Gesetzen verantwortlich ist.

Abschließend erlaube ich mir noch festzuhalten, dass mir persönlich als Finanzlandesrat klar festgeschriebene Regeln bzw. Richtlinien, wie etwa heute schon angesprochen, eine festgesetzte Obergrenze hinsichtlich eines sorgsamem Umganges mit Steuermittel natürlich sehr, sehr wichtig ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 11.20 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlev Eisel-Eiselsberg. Bitte, Herr Kollege.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (11.20 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuhörer!

Es ist heute schon ein bisschen was über Verantwortung gesprochen worden, über Haltung gesprochen worden und da muss ich einfach auf dich, liebe Sandra Krautwaschl, zurückkommen. Wie du etwas konstruierst, von einem Ibiza-Video zu Wahlkampfkostenbeschränkungen ist abenteuerlich. Aber noch viel abenteuerlicher und auf das Schärfste zurückzuweisen ist, dass du Spendenstückelungen, wie du das bezeichnest, mit dem steirischen Wahlkampf in Verbindung bringst, mit der Steirischen Volkspartei in Verbindung bringst. Das ist unzulässig und das weise ich zurück. *(Beifall bei der ÖVP)* Und das ist nicht etwas was ich einfach so behaupte. Du bist eine intelligente Frau, die viel liest, die sich Meinungen nicht so einfach bildet. Bitte schau doch einmal hinein in den Rechenschaftsbericht, den jede Partei abgeben muss über ihre Bundesorganisation, da wirst du auch die Steirische Volkspartei finden. Und da wirst du nachsehen können unter Spenden, da wirst du nichts finden. Also, ich bitte dich, unterlasse solche Unterstellungen. *(Beifall bei der ÖVP)* Was ist jetzt witzig? Kann man darüber lachen, lieber Herr Klubobmann? Aber ich glaube, es ist dazu alles gesagt.

Es spricht nichts dagegen, aus unserer Sicht, eine Wahlkampfkostenbeschränkung mit einer Million zu machen, darum werden wir diesem Entschließungsantrag auch zustimmen. Der Herr Finanzlandesrat Lang hat es angesprochen, es hat heute ja auch schon eine Finanzausschusssitzung gegeben. Es gibt am 10. diesen Unterausschuss, es ist avisiert am 17. hier im Hohen Haus diese Novelle zu beschließen. Das ist schon ein gewisser Zeitdruck, würde ich meinen und ich hoffe, dass wir trotzdem ein gutes Gesetz zusammenbekommen. Wir müssen alles daransetzen, dass wir eine gute gesetzliche Regelung für uns in der Steiermark erarbeiten. Wenn mehrere Sitzungen nach dem 10. September, wo der Unterausschuss tagt, notwendig sind, dann bitte ich darum, dass wir diese Sitzungen auch machen. Das Ergebnis ist wichtig, wenn wir am 17. hier eine Novelle beschließen sollen. Wir brauchen klare Spielregeln, die umsetzbar und auch einhaltbar sind. Bitte keine

schwammigen, sondern konkreten Formulierungen. Wir müssen klarmachen, wer prüft was und wie wird geprüft. Wem gegenüber ist Rechenschaft letztendlich abzulegen. Wir müssen vermeiden, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Interpretationsspielraum zu groß ist. Wir sehen auf Bundesebene, was da herauskommt und wir sehen das auch, wenn eine Partei im Sinne des Gesetzes handelt und trotzdem kritisiert werden kann, weil es das Gesetz offensichtlich zulässt. Wir müssen vermeiden, dass Umgehungsstrukturen, wie im Bund, offensichtlich leider noch immer möglich, in der Steiermark Einzug halten. Dass Vereine, Interessenvertretungen, Verbände, wir müssen klar regeln, wer und was zählt in Wahlkampfkosten hinein. Und es ist mir wichtig, dass der Geist dieses Gesetzes in der Steiermark ein anderer ist als offensichtlich der Geist der auf der Bundesebene geherrscht hat, wie man das beschlossen hat. Da ging es ja um das eine und das andere, aber ganz sicher zentral darum, der einen oder anderen Partei zu schaden, sich selbst aus der Schusslinie zu nehmen und so weitermachen zu können wie bisher. Was SPÖ und FPÖ auf Bundesebene beschlossen haben, ist ein Geist, den wir hier nicht weiterverfolgen sollten. *(Beifall bei der ÖVP)* Da sind zweifelslos viele Details und Fragen zum vorliegenden Novellierungsvorschlag noch offen. Ich kann aus diesen Vorschlägen auch nicht alles entnehmen, was ich jetzt plakativ aufgezählt habe. Aber ich hoffe und vertraue darauf, auch mit der Unterstützung von Grün und den Kommunisten, aber auch darauf, dass SPÖ und FPÖ in der Steiermark von einem anderen Geist getragen sind, wenn wir hier gemeinsam eine gute Lösung für die Steiermark finden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP – 11.25 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Sandra Krautwaschl. Bitte, Frau Kollegin.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (11.25 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Zuhörerende hier im Saal und im Livestream!

Ich traue mir sehr vieles zu, aber sicher auch nicht alles aufzudecken oder zu finden was irgendwer irgendwo verstecken will. Das gilt jetzt ganz allgemein. Für mich ist wichtig, dass wir hier einen gemeinsamen Beschluss fassen können und, dass es auch der ÖVP hoffentlich letztlich darum geht, diesen Beschluss in der nächsten Landtagssitzung dann wirklich Dingfest zu machen und auch wirklich diese eine Million Obergrenze für die Wahlkampfkosten zu beschließen, dass sie noch für diesen Wahlkampf auch wirksam werden. In diesem Zusammenhang darf ich jetzt den Entschließungsantrag im Namen von Klubobfrau

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobmann Hannes Schwarz und Klubobmann Stefan Hermann einbringen, der lautet:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Steiermark spricht sich für eine Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben bei Landtagswahlen auf eine Million Euro für jede politische Partei aus.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 11.27 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hannes Schwarz. Bitte, Herr Klubobmann.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (11.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werde Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es freut mich sehr, dass wir heute hier in diesem Haus einen gemeinsamen Entschließungsantrag beschließen können, der sich mit der Frage der Begrenzung der Wahlkampfkosten in diesem Land befasst. Das ist eine gute und wichtige Unterstützung, denke ich, für die Verhandlungen einen Antrag entsprechend, den wir heute auch im Finanzausschuss behandelt haben, nämlich eine Million Obergrenze der Wahlkampfkosten in der Steiermark für die Zukunft zu beschließen. Das ist, glaube ich, aus meiner Sicht ein gutes und wichtiges Zeichen. Die Frau Kollegin Krautwaschl hat es ja bereits angesprochen, es gibt es auf Bundesebene. Das Problem aus meiner Sicht bei der Bundesebenenregelung ist, dass die Sanktionen bis jetzt so waren, dass sie niemanden gestört haben. Es gibt ja bekanntlich eine Partei auf Bundesebene, die im letzten Nationalratswahlkampf sehr klar und sehr bewusst diese Kostenbegrenzung überschritten hat und wir in der Steiermark wollen auf jeden Fall eine Regelung, die vorsieht, dass es solche Sanktionen gibt, wenn man überschreitet, die wirklich weh tun und die wirklich dazu führen, dass diese Wahlkampfkostenbeschränkung auch in Zukunft eingehalten wird. *(Beifall bei der SPÖ)* Wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen kostengünstigen Wahlkampf, wir wollen nicht das ganze Land mit Plakaten und dergleichen zuplakatieren, zugleistern, sondern wir wollen hier, dass mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und –zahler in diesem Land verantwortungsvoll umgegangen wird, und deswegen, denken wir, dass eine Million hier ausreichend ist. Wir sind natürlich auch dafür, hier klare Regelungen zu treffen. Wir haben die Gelegenheit im Unterausschuss kommende Woche hier in Gesprächen das noch zu verfeinern und zu festigen. Aber ich freue mich, dass offenbar jetzt auch alle Parteien, und das war ja in den letzten Wochen und

Monaten in diesem Haus nicht immer gegeben, dass hier auch alle Parteien der Meinung sind, dass diese Eine-Million-Grenze hier gut ist. Ein Letztes noch, die Zeitfrage, also ganz ehrlich, ich fühle mich als Fraktion, die gegen die Neuwahlen in diesem Land waren, für diesen Zeitdruck nicht zuständig. Ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ – 11.29 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Vielen Dank, Herr Klubobmann. Ich darf nun Herrn geschäftsführenden Klubobmann Abgeordneten Stefan Hermann zum Rednerpult bitten. Bitte, Herr Klubobmann.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (11.29 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete Kollegen, werte Zuseher!

Vieles ist gesagt das ich unterstreichen kann. Wir Freiheitliche sind auf jeden Fall froh über dieses klare Bekenntnis des Landtages zu dieser Millionengrenze. Es war schließlich bereits im Frühjahr 2015 eine Forderung der Freiheitlichen Partei, eine Wahlkampfkostenbeschränkung von einer Million auch entsprechend festzulegen. Diese Forderung ist aber gescheitert damals an der einstigen Reform - dann Zukunfts-, jetzt mittlerweile Vergangenheitspartnerschaft. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wenn wir uns heute auf eine Wahlkampfkostenobergrenze festlegen, dann muss das eine ehrliche sein. Ich bin bei dem Kollegen Eisel-Eiselsberg, es darf keine Möglichkeiten geben für Umgehungen. Ich unterstreiche alles was du gesagt hast. Bei einem Punkt habe ich ein bisschen Schmunzeln müssen, nämlich als du die Rechenschaftsberichte auch angesprochen hast. Ich habe nämlich ein bisschen in den Archiven gekramt und habe mir die Rechenschaftsberichte der letzten Landtagswahlen der Parteien auch angeschaut. Unser Rechenschaftsbericht ist eine Aufzählung im Sinne des Gesetzes, wo man ablesen kann, wie viel wurde für Plakatwerbung ausgegeben, wie viel wurde für Inserate ausgegeben, etc. Und andere Rechenschaftsberichte der wahlwerbenden Parteien sind ein schlanker Dreizeiler, in denen steht, es wurden die Wahlkampfkosten nicht überschritten. Und genau das sind Dinge, die wir gesetzlich auch nachschärfen müssen. Deshalb wird der Dienstag mit Sicherheit ein intensiver Ausschusstag werden, wo wir Freiheitliche uns dafür starkmachen werden, dass eben diese Umgehungsstrukturen ausgeschaltet werden, dass Teilorganisationen entsprechend von dieser Grenze auch umfasst sind und, dass eine Kontrolle durch eine unabhängige Instanz, Wirtschaftsprüfer oder Landesrechnungshof, sichergestellt ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine geschätzten Damen und Herren, egal wie die Beschlussfassung ausgeht, egal, ob wir es zeitlich hinbekommen, dass es noch für die jetzige Landtagswahl auch wirksam wird. Wir

Freiheitliche geben jetzt schon das Versprechen ab, die Wahlkampfkosten von einer Million auch einzuhalten und wir werden unsere Ausgaben, wie bisher, transparent veröffentlichen. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ – 11.32 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Danke, Herr Klubobmann. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.35 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Ich kann es kurz machen. Nicht zu verwechseln, ich kann es wie Kurz machen, das kann ich nicht. Dazu fehlt es uns auch an Mitteln und das würden wir auch gar nicht tun. Dass die KPÖ für diesen Antrag ist, brauche ich, glaube ich, gar nicht weiter erläutern, denn, ich glaube, so transparent, wie wir mit unseren Mitteln umgehen, das muss uns zuerst einmal jemand nachmachen. Wir hätten uns durchaus auch eine niedrigere Obergrenze vorstellen können. Wollten aber hier jetzt nicht, wenn es jetzt einmal eine Mehrheit oder eine Einstimmigkeit geben sollte, uns querlegen und sind deswegen mit diesem Antrag mitgegangen. Eines sollte man, ich habe schon ein bisschen die Befürchtung gehabt, wie der Detlef Eisel-Eiselsberg sich hierhergestellt hat und begonnen hat zu erklären, wie kompliziert das dann alles werden wird, schon die Sorge gehabt, o.k., es gibt dann hier zwar einen einstimmigen Beschluss, aber vielleicht kriegen wir es dann doch nicht einstimmig im Ausschuss durch. Wäre ja de facto nicht notwendig, wäre aber schön. Wenn die FPÖ, wo jetzt auch so ein bisschen angeklungen ist, das wird alles kompliziert, aber ihr erklärt euch von vorne herein bereit eine Million einzuhalten, dann bin ich gespannt, ob das so ist. Ich gebe nur eine Sache noch zu bedenken. Wenn wir uns jetzt auch auf diese Wahlkampfkostenobergrenze einigen, und das halte ich für gut, gleichzeitig aber nicht mitdenken, dass wir vielleicht auch regeln sollten, dass die Parteienförderung ja kontinuierlich ansteigt, dann frage ich mich, was sollen denn die Parteien dann mit diesem ganzen Geld tun? Also überlegen Sie bitte auch mit, dass es auch notwendig ist, herzugehen und zu sagen, wir müssen die Parteienförderung nicht automatisch jedes Jahr indexieren, was weitaus wichtiger wäre. Und da bin ich wieder beim ersten Punkt und bei der Haltung und bei dem, wofür uns die Menschen wählen. Nicht dafür, dass wir darüber streiten wie viel Parteienförderung jeder kriegt, sondern dafür, dass wir die Leistungen, die wir beschließen für die Menschen in Wahrheit auch dem anpassen, wie sich die Gesellschaft

entwickelt. Denn wir hatten hier schon oft die Diskussion, ob Sozialleistungen nicht auch regelmäßig indexiert werden müssen. Und da kam dann immer zur Antwort: „Das geht sich mit dem Budget nicht aus“. Bei der Parteienförderung ist es sich bis jetzt immer ausgegangen und das ist das, was einen bitteren Beigeschmack hinterlässt. Nichts desto trotz, selbstverständlich werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben und uns auch im Unterausschuss redlich bemühen, möglichst schnell zu arbeiten. Aber dafür sind wir ja bekannt. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 11.36 Uhr)*

Präsidentin Kolar: Danke, Frau Klubobfrau, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, SPÖ, FPÖ und KPÖ, Einl.Zahl 3564/3, betreffend Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben für Landtagswahlen auf eine Million Euro ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe: Ich bedanke mich sehr herzlich.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bevor ich nur zur zweiten Dringlichen Anfrage komme, darf ich ein paar Herren im Zuschauerraum sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße sehr herzlich Herrn Vorstandsvorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Tschelliessnigg und Herrn Dipl. Krankenhausbetriebswirt Ernst Fartek sehr herzlich und den Geschäftsführer des Gesundheitsfonds, Herrn Mag. Michael Koren. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Weiters wurde am Dienstag, dem 2. September 2019 um 10.50 Uhr von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3565/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Neustart für die Gesundheitspolitik im Bezirk Liezen“ eingebracht.

Ich erteile Frau LTAbg. Sandra Krautwaschl das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (11.37 Uhr): Danke Frau Präsidentin, werte Zuhörende, liebe Mitglieder der Landesregierung!

Zuerst einmal freut es mich, dass es tatsächlich gelungen ist, bei einem Punkt, den wir ohne die Vorverlegung dieser Wahlen sicher niemals durchgebracht hätten, jetzt einen einstimmigen Beschluss zu erzielen. Auch bei dem Thema der heutigen zweiten Dringlichen Anfrage zeichnet sich zumindest ab, dass im Sinne der Bevölkerung und im Sinne der Vernunft doch heute ein Beschluss möglich sein wird, der uns hilft, noch einmal einen Neustart zu machen und eine wirklich bestmögliche Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen schließlich voranzutreiben. Keine Sorge, ich werde jetzt nicht alles widerkauen, was in den, ich weiß nicht, unzähligen Debatten zum Leitspital in Liezen und zu den unterschiedlichen Positionen, wie Gesundheitsversorgung bestmöglich aufgestellt werden kann, in den letzten Jahren wiedergegeben wurde. Ich möchte nur einen ganz besonders entscheidenden Punkt für mich, oder ein paar entscheidende Punkte für mich noch einmal betonen, warum ich auch glaube, dass wir heute einen Neustart machen sollten. Für mich und für uns als Grüne - und Klubobmann Lambert Schönleitner hat es auch immer wieder betont - war es immer so, dass wir gesagt haben, wir schließen nicht aus, dass in der Gesundheitsstruktur sich auch etwas verändern muss oder soll aufgrund der Entwicklungen in der Medizin, aufgrund der technischen Entwicklungen aufgrund dessen, dass eben Entwicklung auch in der Medizin ein ganz wichtiger Punkt ist. Aber wir haben immer gesagt, das Ganze muss letztlich zu einer absehbaren deutlichen Verbesserung der Gesamtversorgung der Bevölkerung führen. Wir haben auch immer festgelegt, und ich ganz speziell, weil mir eben die Versorgung im niedergelassenen Bereich, die Pflegeversorgung, die Versorgung mit therapeutischen Berufen auch extrem wichtig ist und mir auch extrem viel dran liegt, dass sich die Menschen diese Versorgung auch leisten können, sprich, dass es auch ausreichend kassenärztliche Versorgung gibt, dass das für mich zusammengedacht gehört. Letztlich sind wir dann über die Monate, Wochen und Monate doch wieder in einer eigentlich reinen Spitalsdebatte gelandet, wo man sich teilweise auch, glaube ich, gar nicht verstehen wollte, weil es da ja schon – und das ist in der letzten Landtagssitzung für mich beim Sonderlandtag sichtbar geworden -, weil man sich eigentlich schon weiterentwickelt hat und im Grunde jetzt fast alle der Meinung sind, soweit ich Sie verstanden habe, dass es ein Leitspital schon brauchen wird in diesem Bezirk, wo Spitzenmedizin stattfinden kann. Aber es wird in diesem Bezirk eben auch noch etwas Anderes brauchen, in diesem wirklich sehr großen Bezirk, es ist eben nicht nur die Spitzenmedizin, die unsere Gesundheit sicherstellt. An dieser Stelle sei mir noch einmal ein

kurzer Schwenk zum Klimaschutz erlaubt: Im Wesentlichen glaube ich, unsere Gesundheit ist am meisten gefährdet, wenn wir es nicht schaffen, der Folgen der Umwelt- und Klimazerstörung Einhalt zu gebieten. Und insofern wäre gerade das Gesundheitsressort auch ein ganz wichtiges dafür, Umwelt und Klimaschutz ernster zu nehmen, das wäre nämlich die Grundvorsorge, die wir alle brauchen, um gesund zu bleiben, gesunde Lebensbedingungen, gesundes Umfeld, ein Klima, das nicht dazu führt, wie es jetzt aktuell ist, dass wir schon mehr Hitzetote in Österreich haben als Verkehrstote. Das sei mir nur erlaubt als kleiner Sidestep, weil ja auch Prävention zur Gesundheitspolitik gehört. Aber zurück zum Bezirk Liezen: Was ich auch immer betont habe und was für mich unerlässlich ist – ich selbst bin Physiotherapeutin –, damit Menschen gesundwerden können, ist Vertrauen. Vertrauen in eine Gesundheitspolitik, die nicht irgendwelche Prestigeprojekte an vorderster Front für sich in Anspruch nimmt, sondern die wirklich die Menschen einbindet und damit – und da bin ich froh, dass es auch vor Ort so viele Menschen gegeben hat, die das gefordert haben, damit auch ihr Recht auch zu wissen, was für sie gut ist – ernst nimmt. Da hat es eben diese Bürgerinitiative gegeben und man kann nicht nach einer Volksbefragung, die so klar ausgeht, so klar zeigt, dass das Vertrauen nicht da ist, so weitertun, als wäre nichts gewesen. *(Beifall bei den Grünen)* In diesem Sinne auch ein großes Danke an alle, die sich da vor Ort engagiert haben. Und ich habe auch immer wieder mit den Menschen dort geredet und der Lambert Schönleitner natürlich, unser Klubobmann, ganz besonders oft, weil er ja auch besonders oft dort ist, und da gibt es ganz viele Leute, die sehr wohl auch erkannt haben, auch in der Bürgerinitiative, dass es Veränderung braucht, die aber da mitentwickeln wollen. Sie sagen: „Wir wollen nicht etwas, was letztlich ...“, und da komme ich jetzt schon zu den wirklich kritischen Punkten, wo es halt dem Herrn Landesrat meiner Ansicht nach nicht gelungen ist, das Vertrauen zu erzeugen, letztlich die Finanzierung unklar ist, der jetzt am Schluss irgendwie gedroht hat, dass das ganze Ding auf Wasser gebaut wird. Wir wissen noch immer nicht, ob dieses Grundstück überhaupt geeignet ist. *(LTabg. Hubert Lang: „Hör auf bitte! – Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP)* Und wir wissen nicht, wie der Rest der Versorgung in diesem Bezirk so aufgestellt werden kann, dass die ... ja, wenn Sie es wissen, dann hätten Sie es irgendwann in den viereinhalb Jahren uns einmal erklären können und den Menschen vielleicht auch so, dass sie es verstehen und so, dass sie das Vertrauen dazu gewinnen. *(Beifall bei den Grünen)* Ich sage Ihnen, es macht keinen Sinn, das alles noch einmal hier auf und ab zu predigen und noch einmal alle Positionen – ich weiß schon, Sie werden wieder die gleiche Rede halten wie immer, Herr Landesrat, das sei Ihnen

unbenommen, aber ... (*Landesrat Mag. Drexler: „Ich bleibe meiner Linie halt treu!“*) ... aber das ändert nichts daran, dass Sie das Vertrauen - und das ist für mich tatsächlich einer der wesentlichsten Punkte in der Gesundheitsversorgung - das Vertrauen der Menschen nicht gewonnen haben. Und es ist nun einmal so, Menschen können nicht gesundwerden, wenn sie der Gesundheitsversorgung nicht vertrauen. Das ist eine Sache, das wird sicher jeder Arzt in seiner Praxis bestätigen, das kennen ich von ganz vielen Kolleginnen und Kollegen. Deswegen öffnet auch die vorgezogene Wahl ein Zeitfenster, ein Fenster an Möglichkeiten, dass man hier eine bessere Lösung noch erarbeiten kann. Wir haben immer einen Neustart gefordert, wir haben immer gesagt, wir sind bereit, Veränderungen mitzutragen, wenn es eine tatsächliche Verbesserung gibt und wenn die Bevölkerung da auch eingebunden ist. In diesem Sinne bringe ich jetzt auch unsere Dringliche Anfrage ein an den Herrn Landesrat.

1. Werden Sie mangels vorhandenem Grundstück und mangels Finanzierung und aufgrund des Ergebnisses der Volksbefragung den geplanten Bau des Leitspitals nun stoppen?
2. Werden Sie eine Nachdenkpause nutzen, um über einen Konzeptwettbewerb bzw. Ideenwettbewerb mit offenem Ausgang zu neuen Ideen und Konzepten zu gelangen?
3. Wie bewerten Sie die jüngsten Aussagen von Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer zum Leitspital?

Ich bitte um Beantwortung. (*Beifall bei den Grünen – 11.46 Uhr*)

Präsidentin Kolar: Vielen Dank. Ich erteile nun Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Drexler - ÖVP (11.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist ein bemerkenswerter Tag. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Seit heute Früh wissen wir, dass Wahlkämpfe in Österreich eine neue negative Dimension erreicht haben. Ein professioneller, gezielter und umfassender Hackerangriff auf die ÖVP-Bundesparteileitung schlägt dieses neue Kapitel auf. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es schon für bemerkenswert, in welchen Zeiten wir leben. Welch kranke Köpfe gebären täglich neue obskure und absurde Gerüchte über Politikerinnen und Politiker und machen sie viral?

Welch kriminelle und kranke Köpfe versteigen sich dazu, illegale Methoden anzuwenden, um Wahlkämpfe zu beeinflussen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht mehr meine Welt der Politik. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich bin nicht immer einer Meinung mit dem Chefredakteur der Presse, Rainer Nowak, aber wenn er online schreibt: „Wenn das stimmt, ist das ein Vorgang, der alle bisherige Wahlkampfübergriffe in den Schatten stellt!“ *(LTAbg. Grubesa: „Zur Sache!“ Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ)* Und meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor sich die Sozialdemokratie erregt, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist hundertprozentig meine Meinung und ich glaube, dass nicht zuletzt aufgrund dieser Erlebnisse jede Verkürzung eines Wahlkampfes im Interesse des Landes und der Menschen in diesem Land ist. *(Beifall bei der ÖVP)* Und ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil hier schon der Ruf zur Sache eingefordert wurde, wir sind mitten in der Sache. Weil ich darf Ihnen Folgendes sagen – ich habe ja beinahe jede Woche die Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen -, ich habe vor zehn Tagen beim letzten Sonderlandtag unter anderem auf meine Antrittsrede verwiesen und darauf, dass Gesundheitspolitik einen besonderen Sorgfaltsmaßstab erfordert, einen möglicher Weise noch höheren, als andere Politikfelder. Das ist eine nicht immer einfache Herausforderung, aber eine, die ich z. B. sehr gerne annehme. Und wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mir ansehe, wie dieses Thema von vitalem Interesse für die Steirerinnen und Steirer, nämlich die Zukunft der Gesundheitsversorgung eine auch in Zukunft flächendeckende und qualitätsvolle, bestmöglich Versorgung der Steirerinnen und Steirer in das tagespolitische Hickhack gezogen wird, muss ich Ihnen aus tiefer Überzeugung sagen: Mein Ziel muss es sein, die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer, die Gesundheit der Menschen in diesem Land vor dem Wahlkampf zu schützen. *(Beifall bei der ÖVP)* Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich auch diesem so zu Symbol gewordenen Projekt des Leitspitals in Liezen eine Polemikpause gönnen. Alle Entscheidungen sind gefällt, alle Vorbereitungen sind getroffen, gemeinsame Beschlüsse sind gefasst, das Projekt ist auf Schiene. *(LTAbg. Schönleitner: „Mein Gott, wer glaubt denn das noch?“)* Und Kollege Schönleitner, ich werde es auch dir noch erklären. Das Projekt ist auf Schiene und insofern werden wir von diesem Projekt auch nicht abrücken, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Eine Polemikpause und das Schützen der Gesundheit vor dem Wahlkampf bedeutet für mich aber – und dies ist uns nicht zuletzt dadurch ermöglicht worden, dass uns die Landtagswahlen ja entgegengekommen sind, Dr. Murgg hat luzide noch das letzte Mal philosophiert, dass es doch so wichtig wäre, weil man nicht wisse, wer denn dann nach der Landtagswahl für die

Gesundheitspolitik verantwortlich sei und ob ich Ihnen nicht abhanden komme, lauter solche Überlegungen haben Sie angestellt und Sie haben erklärt: „... dass es doch so schön wäre, wenn man jetzt keine Beschlüsse mehr fasst, jetzt, sondern erst dann, der neue Landtag, die neue Regierung“. Ja, Herr Dr. Murgg, Sie sind der Gewinner der Wahlvorverlegung. Denn Ihrem Wunsch kann entsprochen werden. Wir werden keine zusätzlichen Beschlüsse mehr zu diesem Thema fassen. Ich hätte gern mit dem Kollegen Lang dieser Tage, diese nächste Woche die konkreten Finanzierungsmodelle vorgestellt. So wird das der neuen Landesregierung vorbehalten sein. Alles andere wäre zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch – alles andere wäre zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch. Aber ich sage Ihnen eines: Für den keineswegs sicheren, aber auch nicht ganz unwahrscheinlichen Fall, dass die steirische Volkspartei der nächsten Landesregierung angehört, und für den ebenfalls keinesfalls sicheren, Herr Dr. Murgg, aber auch nicht völlig unwahrscheinlichen Fall, dass ich ihr wieder angehöre, nämlich der Landesregierung und allenfalls auch für dieses Thema wieder zuständig sein sollte, kann ich Ihnen heute schon sagen, werden wir mit viel Elan dort ansetzen bei all dem, was wir bis jetzt hier erreicht haben und dieses Projekt zu einem guten Abschluss bringen. (*Beifall bei der ÖVP*) Erlauben Sie mir – und damit streife ich ein wenig auch schon die dritte Frage, die ja für mich eigentlich Neuland, Terra incognita, im Interpellationsrecht ist, weil, dass die Grünen mich fragen, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer meint, ist für mich bemerkenswert. Tut mir auch sehr leid, dass er nicht da ist, weil ich heute vielleicht seinen Kenntnisstand zum Gesundheitsplan 2035, zum Regionalen Strukturplan Gesundheit 2025 und zum Projekt des Leitspitals in Liezen maßgeblich verbessern könnte. Wenn man nämlich steirische Tageszeitungen und dem ORF Steiermark gefolgt ist in den letzten Tagen, musste oder konnte man ja den Eindruck haben bei diversen Interviews von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, dass dieses Leitspital so eine Art informelles Privatprojekt des Gesundheitslandesrates ist. Ein Projekt, dem er gnädiger Weise gestattet hat, dass ich das sozusagen ein wenig betreue. Er philosophiert auch darüber, dass das Leitspital eine Koalitionsbedingung der ÖVP gewesen sei – bei welcher Koalitionsverhandlung? Seit wann gibt es das Projekt? Und er sagt, es hätte einen Handschlag gegeben mir gegenüber, an diesem Projekt festzuhalten. Er sagt aber auch, schon nach der Volksbefragung habe er den Herrn Landeshauptmann und mich darauf hingewiesen, dass diese Ablehnung bei der Volksbefragung, dass man darauf anders reagieren müsste, hier eine Neubewertung des Projektes vornehmen müssten u.dgl. mehr. Zu all diesen Dingen erlaube ich mir ein, zwei

Anmerkungen. Erstens: Diese Gespräche nach der Volksbefragung haben nicht stattgefunden. Zweitens: Dieses Projekt ist nicht ein Konglomerat irgendwelcher Handschläge, von denen so gerne gefaselt wird. Dieses Projekt ist Produkt gemeinsam gefasster, verbindlicher Beschlüsse. Ich brauche beim Leitspital keinen Handschlag, weil wir haben formelle Beschlüsse für dieses Projekt, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Zur Erinnerung, weil ich das auch wo gelesen habe: Ich habe nicht viereinhalb Jahre Grundstück gesucht und keines gefunden - viereinhalb Jahre ist diese Legislaturperiode alt. Am Beginn dieser Legislaturperiode begann man mit allen Partnerinnen und Partnern im Gesundheitsbereich und insbesondere natürlich mit dem Regierungspartner die Verhandlungen über eine grundsätzliche Philosophie, wohin sich die Gesundheitsversorgung in der Steiermark weiterentwickeln soll. Das ist dann letztlich der Gesundheitsplan 2035 geworden. Der ist bekanntlich im November 2016 – das ist also nach meiner Rechnung noch keine drei Jahre her – präsentiert worden. Dort hat es geheißen, der Grundsatz: Ein Leitspital pro Region. Diesen Gesundheitsplan haben wir in Graz im November vorgestellt und in sieben Regionalkonferenzen in allen steirischen Regionen vorgestellt. Sehr schnell ist es dann gelungen als erstes konkretes Umsetzungspapier den sogenannten Regionalen Strukturplan Gesundheit auszuarbeiten und zu beschließen. Dieser ist am 21. Juni 2017 beschlossen worden in der eigentlich zuständigen Landeszielsteuerungskommission. Selbstverständlich als gemeinsamer Beschluss beider Regierungsparteien, aber auch der Sozialversicherung und unserer Partner im Gesundheitssystem. Ohne, dass es rechtlich notwendig gewesen wäre – ohne, dass es rechtlich notwendig gewesen wäre, und Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, das ist kein Gnadentat, sondern das ist meine tiefe Überzeugung, dass es richtig war, aber eben rechtlich nicht notwendig – habe ich einen Regierungssitzungsbeschluss herbeigeführt am 22. Juni 2017 und haben wir am 04. Juli 2017 – Independence day – am 04. Juli 2017 hier in diesem Haus den Regionalen Strukturplan Gesundheit beschlossen. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Gemeinschaftsprojekt von SPÖ und ÖVP. *(Beifall bei der ÖVP)* Und hier jetzt eine Art Kindesweglegung zu betreiben und so zu tun, als hätte man das alles nicht so genau gewusst und täte da irgend so ein angeblich zuständiger Landesrat in seiner privaten kleinen Gesundheitsküche irgendwelche Dinge herstellen, das irritiert mich außerordentlich. Das irritiert mich außerordentlich. Weil, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen noch ein weiteres offensichtliches Geheimnis verraten: Der Regionale Strukturplan Gesundheit ist bei diesen drei Gelegenheiten beschlossen worden. In diesem Regionalen Strukturplan Gesundheit wird festgelegt, dass die bisher bestehenden drei

Spitäler im Bezirk Liezen – Rottenmann, Bad Aussee, Klinik Diakonissen Schladming – an einem neuen Standort zusammengeführt werden, der im RSG noch eine Bandbreite hat zwischen der Kreuzung Trautenfels und der Bezirkshauptstadt Liezen und es wird auch bereits die grundsätzliche Gestaltung dieses Krankenhauses beschrieben. Ich darf Ihnen auch sagen, dass der Regionale Strukturplan Gesundheit normative Wirkung entfaltet. Er hat die Wirkung einer Verordnung, ist also keine bloße Ideensammlung des zuständigen Landesrates oder sonst irgendetwas, sondern ist eine Verordnung, was die rechtliche Verbindlichkeit betrifft. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssten, wenn irgendjemand etwas Anderes will - *contrarius actus* - einen neuen Regionalen Strukturplan Gesundheit beschließen und nicht einfach mir nichts, dir nichts irgendwelche Dinge hier in den Mund nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, viel ist über dieses Projekt bereits gesprochen worden. Und wenn die Frau Klubobfrau oder Abgeordnete – pardon – Krautwaschl – verzeihe, Herr Klubobmann, - (*LTA*bg. Schönleitner: „*Kein Problem, es wird so kommen!*“) wird so kommen? Ja, was ist, wenn ihr in der Regierung seid? (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der Grünen*) Okay, gut, mit diesem Fall kalkuliert man bei den Grünen nicht, das lässt auch tief blicken. Andere erklären wenigstens die Ambition, aber bitte. Aber wenn die Frau Abgeordnete Krautwaschl sagt: „Ja, warum gelingt es nicht, den Rest der Versorgung darzustellen?“, und ich bin davon überzeugt, dass auch von Freiheitlicher Seite wieder ähnlich Argumente kommen: „Ja, was ist jetzt ein Facharztzentrum? Was ist ein Gesundheitszentrum? Warum sagen Sie uns nicht, wann das wo aufsperrt?“, usw., schauen Sie, der RSG gibt hier schon einiges an Auskunft. Sie wissen auch, dass in diesem RSG beispielsweise drinnen steht, dass wir bis 2025 insgesamt steiermarkweit 30 Gesundheitszentren, also Primärversorgungseinheiten etablieren wollen, dass das auch ein Rückgrat der Versorgung natürlich in der Versorgungsregion 62 im Bezirk Liezen sein wird. Sie wissen auch, was so eine Primärversorgungseinheit oder so ein Gesundheitszentrum sein soll, nämlich multiprofessionell, interdisziplinär, mehrere Ärztinnen und Ärzte, die erste Stufe der Versorgung darzustellen - d.h. ja Primärversorgung, erste Stufe der Versorgung darzustellen - u.dgl. mehr. Im Übrigen meine sehr verehrten Damen und Herren, werde ich nicht müde, auch darauf hinzuweisen, dass der RSG 25 oder insgesamt der Gesundheitsplan 2035 nicht nur aus dem Leitspital in Liezen besteht. Sie konnten dieser Tage beispielsweise, falls Sie zu den Steiermark-Heute-Seherinnen und –Sehern gehören, eine Baustellenreportage aus der Marschallgasse von den Barmherzigen Brüdern sehen - ein Projekt des RSG 25, die Neuordnung der Versorgung in Graz Mitte, Zusammenspiel der Elisabethinen, Barmherzigen

Brüder und letztlich natürlich auch der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft. Wir haben eine Reihe von positiven Projekten im Zuge der Umsetzung des RSG auf die Bühne gebracht. Im Übrigen, wenn Sie den Fernsehbericht gesehen haben, der ärztliche Direktor, glaube ich, war das, hat dort eigentlich mehr oder weniger, ohne unser Zutun, weil es wird ja immer behauptet, wir tun die alle irgendwie marionettengleich steuern - all jenen täte ich das wünschen, wäre ein untauglicher Versuch -, dem ist aber genauso argumentiert worden mit den Fallzahlen, mit den größeren Abteilungen, mit mehr Routine. Das ist ja das Hauptargument für die Zusammenführung. Wissen Sie, wie man das kurz zusammenfassen kann? Übung macht den Meister – Übung macht den Meister. Das ist der inhaltliche Unterbau der Konzentration in einem Leitspital.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zu diesen Fragen.

Zur ersten Frage:

Ich muss in diesem Fall die Frage vorlesen. „Werden Sie mangels vorhandenem Grundstück und mangels Finanzierung und aufgrund des Ergebnisses der Volksbefragung den geplanten Bau des Leitspitals nun stoppen?“

Also, das war jetzt ein origineller Einfall, weil die Volksbefragung war tatsächlich am 07. April. Also ich nehme nicht an, dass Ihnen und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter erst dieser Tage das Ergebnis bekannt geworden ist. Und das nicht vorhandene Grundstück und die nicht vorhandene Finanzierung, da erlauben Sie mir auch die eine oder andere Anmerkung. Also, dies ist ein langfristiges Projekt, ein großes Projekt. Der gesamte Gesundheitsplan denkt bis 2035, der RSG bis 2025. Das sind ordentliche Zeiträume. Entlang der Zeitachse gibt es immer wieder einzelne Schritte, die umgesetzt werden. Schritt für Schritt. Also, ich gestehe Ihnen, wir sind hier langsamer, als das Entstehen der Welt in der Genesis beschrieben wird, deutlich langsamer. Wir nehmen Schritt für Schritt dieses Projekt in Angriff. Insofern ist der Vorwurf „mangels vorhandenem Grundstück“ nicht nachvollziehbar, weil wir jetzt in der Projektarbeit eben dabei sind, ein konkretes Grundstück einer Detailüberprüfung zu unterziehen. Zuvor haben wir sechs angebotene Grundstücke einer Erstbewertung unterzogen. JOANNEUM RESEARCH hat bekanntlich sechs Grundstücke untersucht, drei als geeignet empfohlen, eines der drei als geeignet empfohlenen wird in den nächsten Wochen im Detail auf seine bodentechnischen Voraussetzungen überprüft. Also, es ist nicht überraschend, dass wir noch kein Grundstück haben. Wissen Sie, Frau Abgeordnete, wir haben planmäßig noch kein Grundstück. Weil, was hätten denn Sie gesagt, wenn wir mir nichts, dir nichts irgendwo ein Grundstück kaufen und

sagen: „Dort bauen wir das jetzt hin!“ (LTabg. Schönleitner: „Wir haben eine neue Situation, Sie werden es nicht mehr brauchen!“) Dann wären jene Vorwürfe gerechtfertigt, die Sie jetzt präventiv vorbringen, ich antworte auf Ihre Fragen, Herr Klubobmann, ich antworte auf Ihre Fragen. (LTabg. Schönleitner: „Sie sind in der Vergangenheit steckengeblieben, Sie müssen in die Gegenwart kommen!“) Das wäre schön, wenn der Landtag jetzt beschließen würde, dass die Regierungsmitglieder sich selbst Fragen stellen könnten. Weil, dann würde uns möglicherweise das eine oder andere erspart bleiben und ich müsste mir nicht, wenn ich Ihre Fragen beantworte, den Vorwurf der Vergangenheit gefallen lassen. Das ist nämlich wirklich Chuzpe, Herr Klubobmann! (Beifall bei der ÖVP) So, aber nachdem Sie das eh alles schon wissen, werde ich das gleich ein bisschen abkürzen.

Zur Finanzierung darf ich sagen, ich darf noch einmal sagen: Das, was immer wieder behauptet wird und wo auch dem Klubobmann Schwarz so unrecht getan wird regelmäßig von Abgeordneten der FPÖ, weil er in einer knappen Formulierung aber nur für die Abgeordneten der FPÖ missverständlich war, vielleicht auch für die Grünen. Tatsächlich gibt es nur eine Frage, die wir noch nicht geklärt haben, bzw. öffentlich verkündet haben, nämlich die Frage: Wird die Finanzierung für das Leitspitalsprojekt im Rahmen eines sogenannten PPP-Modells vollzogen, oder findet die Finanzierung klassisch aus dem Budget statt? Darüber gab es in den letzten Monaten sehr intensive Gespräche zwischen dem Finanzressort und dem Gesundheitsressort, gibt es sehr weitgehende ausgefertigte Expertise seitens der Finanzabteilung und das ist mit Sicherheit ein Punkt, an dem die neue Landesregierung unmittelbar anschließen kann, und wenn sie dann gewählt und angelobt ist, auch diese Finanzierungsfrage beantworten kann. Insofern, um auf Ihre Frage zu kommen, den geplanten Bau des Leitspitals zu stoppen, also Sie meinen damit, ob wir das Projekt Leitspital stoppen wollen, weil buchstäblich gebaut wird ja, wie Sie ja auch monieren, dort noch nicht, kann ich Ihnen sagen: Nein, unter meiner Verantwortung wird es mit Sicherheit keinen Stopp dieses Projektes geben. Weil auch zu den Zurufen, man möge jetzt alles noch einmal neu bedenken, plötzlich, urplötzlich soll alles neu bedacht werden. (LTabg. Mag. Hermann: „Ist das ein Vorwurf?“) Nein, Kollege Hermann, das ist kein Vorwurf an die Freiheitlichen, ihr seid meist eurer Linie treu bei diesem Projekt, überhaupt kein Neuigkeitswert. Also, ich könnt, glaube ich, auch schon erzählen, was du erzählen wirst, was der Kollege Meißel erzählen wird allenfalls, vielleicht spart man die eine oder andere Wortmeldung oder kombiniert sie, aber im Wesentlichen könnte ich das schon vorhersagen, auch bei den Grünen weitgehend. Aber es gibt ja auch andere Zurufe, jetzt alles plötzlich neu zu überdenken. Ich habe versucht

darzustellen, dass wir das alles überdacht haben. Wir haben ja sogar eine eigene Steuerungsgruppe zur Umsetzung des RSG 25 eingesetzt, eine Steuerungsgruppe, wo beide Regierungspartner prominent vertreten waren, das Büro des Herrn Landeshauptmannstellvertreters prominent vertreten war u.dgl. mehr, wo Punkt für Punkt jede Entscheidung gemeinsam getroffen worden ist, wo Punkt für Punkt jede dieser nun eingeforderten Untersuchungen ja bewertet und entschieden worden ist, was man tut. Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts Neues von mir. Wir haben uns das nicht leicht gemacht. Wenn es mir darum ginge, einen möglichst angenehmen und leichten Weg durch die Landespolitik zu gehen, nach gerade durch die Landespolitik zu gleiten, wenn Sie so wollen, ja dann hätte ich es mir viel einfacher machen können von Anfang an. Dann hätte ich dort weitergemacht, wo in ganz Österreich viele bisher schon gearbeitet haben: Standortgarantien, jedes Haus bleibt, alles bleibt beim Alten. Selbst wenn es in Österreich heute schon und in Zukunft noch vermehrt kleine Krankenhäuser geben wird, gegen die ein potemkinsches Dorf ein Qualitätssiegel nach gerade ist, selbst um diesen Preis wird an diesen jungsteinzeitlichen Politikmodellen festgehalten. Wir haben uns gemeinsam entschieden, hier einen zukunftsgerichteten, verantwortungsvollen Weg in die Zukunft zu gehen und ich bin zutiefst entschlossen, diesen Weg der Verantwortung weiterzugehen. *(Beifall bei der ÖVP)* Insofern kann ich auch die Frage 2 sowie die Frage 1 mit einem knappen Nein beantworten.

Zur Frage 3:

Ja, das ist eben Neuland für mich. Wie soll ich das alles interpretieren? Meine Interpretation ist die, dass es in dieser Woche einfach durch den aktuellen Hintergrund der Festlegung eines Wahltermines zu Reaktionen gekommen ist. Ich bin nur hellhörig, wenn ich heute eingangs der Sitzung höre, dass politische Unzuverlässigkeit zu geißeln wäre und dass Verträge einzuhalten sind, dann glaube ich, dass das auch für gemeinsam gefasste Beschlüsse gilt, für formell gefasste Beschlüsse gilt. Das ist eine Geschichte, die mich ein wenig irritiert in diesen Tagen. Aber ich denke, dass, wenn diese Phase des Wahlkampfes – hoffentlich eine kurze Phase des Wahlkampfes eben und eine nicht alles sittliche Grenzen verlassende Phase des Wahlkampfes – wieder vorbei ist und wenn man daran geht, Regierungsverhandlungen zu führen, wenn man daran geht, auszuloten, wer einer künftigen Landesregierung angehören möchte, dass dann auch wieder rationalere Argumente in die Diskussion rund um den Gesundheitsplan 2035 einziehen werden. Mehr erlaube ich mir zur Frage 3 ehrlich gesagt nicht zu sagen. Aber ich habe eh entlang der Beantwortung hier auch die eine oder andere Einschätzung durchblicken lassen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin bereit, auch jede Woche mit Ihnen einen Sonderlandtag zu machen. Aber ich appelliere wirklich noch einmal an alle Kräfte hier im Hause, die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer, die Zukunft der Gesundheitsversorgung der Steirerinnen und Steirer nicht zum Spielball kleinlicher, parteipolitisch motivierter taktischer Manöver zu machen. Schützen wir gemeinsam die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer vor einem solchen Wahlkampf und gehen wir es nach geschlagener Landtagswahl und entsprechend abgekühltem Gemüt gemeinsam an, das zu tun, wofür wir wirklich da sein sollten, nämlich die Zukunft der Gesundheitsversorgung für unsere steirischen Landsleute sicherzustellen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP – 12.15 Uhr)*

Präsidentin Khom: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Johannes Schwarz. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (12.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt auch schon seit 2005 Mitglied dieses Hauses. Ich muss es ja und darf es ja auch zugeben, also die Reden des Christopher Drexler sind ja in seiner Zeit als Klubobmann, jetzt auch in seiner Zeit als Gesundheitslandesrat immer relativ vergnüglich zuzuhören, rhetorisch sehr gut, das wird ihm ja von allen Seiten auch beschieden, aber ich glaube, man muss schon auch bei den Fakten bleiben und bei den Tatsachen bleiben. Weil wenn du, sehr geehrter Herr Landesrat, davon sprichst, dass du die Steirerinnen und Steirer davor schützen willst, dass es jetzt einen Wahlkampf gibt, dass es eine Auseinandersetzung eines Wahlkampfes jetzt in den nächsten Wochen und Monaten geben wird, dann finde ich das schon eher befremdlich, wenn das von derjenigen Fraktion kommt, die heute mit diesem Beschluss in diesem Hohen Haus gerade den Wahlkampf eingeleitet hat, gerade diesen Wahlkampf heute beschlossen hat. Die Sozialdemokratie war immer der Meinung, wir haben gemeinsame Projekte, wir wollen diese gemeinsamen Projekte umsetzen. Es waren nicht wir, die den Wahlkampf begonnen haben, sondern das ward ihr, die mit einer Koalition aus SPÖ, ah, aus ÖVP, FPÖ und den Grünen hier diesen Wahlkampf eingeleitet hat, damit wir auch bei den Fakten bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das Zweite, was ich dazu sagen möchte: Wenn du hier von einer Polemikpause sprichst – du hast wortwörtlich gesagt: „Wir brauchen hier eine Polemikpause“ -, wenn du hier von einer Polemikpause sprichst und dann schon viele Teile deiner Rede - also was ich unter Polemik verstehe, würde darunterfallen -, also viele Teile deiner Rede hier durchaus in verschiedenen Richtungen polemisch waren, dann würde ich dich schon auffordern, dass du, wenn du hier davon sprichst, eine Polemikpause in diesem Bereich einzufordern und du derjenige bist, der diese Polemikpause hier starten will, dann nicht ein paar Sätze später genau mit dieser Polemik in die Auseinandersetzung zu gehen. Denn eines geht aus meiner Sicht nicht, oder eines ist aus meiner Sicht wichtig: Wir sollten in diesem Haus uns daran halten, was wir hier sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und ein Drittes: Zu einem guten Politiker gehört eine entsprechende Rhetorik, ohne Frage. Politik ist in vielen Bereichen oder ist grundsätzlich auch begründet in der rhetorischen Auseinandersetzung. Nur, ich hätte mir schon eines gewünscht, gerade auch im Bereich der Umsetzung der Gesundheitsreform: Gute Rhetorik im Bereich der Umsetzung der Gesundheitsreform ist halt zu wenig. Es ist wichtig, ein Projekt gut zu beschreiben, es ist wichtig, ein Projekt in der Öffentlichkeit und hier in diesem Haus auch gut zu argumentieren, durchaus auch unterhaltsam zu argumentieren, aber ich würde mir schon auch wünschen, dass wir abseits der guten Rhetorik auch dafür sorgen, dass wir in der Umsetzung unserer gemeinsamen Projekte die gleiche Sorgfalt an den Tag legen, wie in Fragen der Rhetorik. Wir brauchen mehr Sorgfalt in der Umsetzung unserer Projekte, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Deswegen denke ich schon, *(LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Das versteht jetzt aber keiner, Hannes!“)* dass es keinen Grund zur Aufregung gibt, weil Faktum ist schon auch, dass wir als Sozialdemokratie ganz klar zu dieser Gesundheitsreform stehen. Der zuständige Landesrat hat es ja angesprochen, dass wir hier die Reformschritte, die zweifelsohne – wir haben das eh in den letzten Wochen und Monaten oft besprochen, was die Frage des medizinischen Fortschrittes betrifft, was die Frage der demografischen Entwicklung betrifft, dass diese Reformschritte unbedingt notwendig sind, um hier auch die gesundheitliche Versorgung in der Steiermark für die Zukunft sicherzustellen. Was nur unser Anliegen ist, ist, dass wir hier in Fragen der Standortfrage durchaus auch prüfen sollten, ob es nicht auch alternative Varianten zur jetzt vorgesehenen Lösung in Stainach-Pürgg gibt. *(LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Da kommt ihr jetzt drauf?“)* Deswegen stellen wir auch einen gemeinsamen Entschließungsantrag dahingehend, *(LTAbg. Eisel-Eiselsberg: „Spät ist es halt ein bisschen!“)* dass es sinnvoll ist, die Bodenuntersuchungen in Stainach-Pürgg weiter

fortzusetzen, zu schauen, ob die Problemlagen, die sich auch in der öffentlichen Debatte in den letzten Wochen gezeigt haben, ob diese Problemlagen tatsächlich so sind, wie sie sind und zum anderen wollen wir auch prüfen, weil wir auch zu einem Leitspital stehen, ganz klar, ob es nicht auch möglich ist, hier eventuell am Standort Rottenmann dieses Leitspital im Zusammenhang mit den anderen Standorten in Umsetzung zu bringen. Das ist eine ganz unpolemische, eine ganz sachliche Argumentation, nämlich, dass wir hier alle Fakten, (*LTA*bg. Eisel-Eiselsberg: „*Es ist unglaublich!*“) hier alle Optionen für diese Umsetzung eines Leitspitals und für die Umsetzung der Gesundheitsreform auf dem Tisch haben wollen und dann die Entscheidung zum Standort getroffen werden kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und eines ist uns zum Abschluss wichtig: Wir wollen auch durchaus die Befragung, die ja stattgefunden hat, ernst nehmen, die Sorgen der Menschen in dieser Region ernst nehmen und deswegen ist es hier ganz entscheidend, dass wir im Dialog, im Austausch mit der Region die Entscheidungen der Zukunft vorbereiten sollten.

Deshalb darf ich im Namen der Grünen, der FPÖ und meiner Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1 keine weiteren finanziellen Dispositionen im Zusammenhang mit dem Grundstück in Stainach-Pürgg sowie dem geplanten Leitspital zu treffen sowie
- 2 die Etablierung des Leitspitals am Standort Rottenmann zu prüfen und in Abstimmung dazu die Versorgungsleistungen an den bestehenden Standorten Schladming und Bad Aussee zu adaptieren und
- 3 alle weiteren Tätigkeiten zur Errichtung des Leitspitals im Bezirk Liezen unter Einbindung der Region zu setzen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit, ersuche um Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag und denke, dass es wichtig ist, hier gemeinsam die bestmögliche Versorgung für die Steirerinnen und Steirer sicherzustellen. Ein steirisches Glückauf! (*Beifall bei der SPÖ, FPÖ und den Grünen – 12.23 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hermann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (*12.23 Uhr*): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseher!

Darf auch insbesondere die Vertreter der Bürgerinitiative BISS auf das Allerherzlichste hier im Zuschauerrang begrüßen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute ist ein guter Tag. Ein guter Tag für die Bürger im Bezirk Liezen, ein guter Tag für die Gesundheitsversorgung in der Steiermark und ein guter Tag für die direkte Demokratie. Nach Kritik von allen Seiten und einem deutlichen Bürgervotum im April – 17.000 Liezener sagten bekanntlich „Nein“, Nein zum Zentralspital, Nein zur Ausdünnung des ländlichen Raumes, Nein zu einem Anschlag auf das Gesundheitssystem – kommt es heute endlich zu einem Umdenken und zu einem Umlenken, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Es war die FPÖ, die mit dem Neuwahlantrag wegen der Bestemmhaltung der nun geschiedenen Zukunftspartner für ein Beben gesorgt hat. Die SPÖ hat nach einem Zickzackkurs in der Gesundheitspolitik und der Unruhe in ihrer eigenen Partei im Bezirk Liezen die Fesseln der ÖVP endlich abgestreift. Es freut mich persönlich, dass auch jetzt die Abgeordnete Grubesa wieder in ihre Ortsgruppe nach Bad Aussee fahren kann, ohne dass sie sich dort vor den eigenen Funktionären *(LTAbsg. Grubesa: „Geh bitte.“)* rechtfertigen muss, wieso sie hier für ein Leitspital argumentiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Nun gibt es ein Einlenken. Die Frage, die sich stellt: Hält die SPÖ auch Wort und hält Sie das, was Sie jetzt verspricht? Denn mit diesem Antrag hier, nämlich keine finanziellen Mittel mehr für das Projekt Zentralspital auch aufzuwenden, wird das Projekt eingestellt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es werden Alternativen geprüft. Es wird geprüft ein Leitspital beispielsweise in Rottenmann zu etablieren und die bestehenden Häuser im Verbund zu führen. *(Landesrat Mag. Drexler: Das haben Sie aber schon mitgekriegt, dass die jetzt schon ein Verbund sind.“)* Das ist genau das, was wir hier mehrfach auch fordern. Was wir mehrfach gefordert haben und diese Forderung wurde seitens der Sozialdemokratie durchaus auch mit guter Rhetorik – um beim Kollegen Schwarz zu bleiben – abgelehnt. Und die SPÖ hat die Pläne verteidigt. Dass man jetzt seitens der Sozialdemokratie ernsthaft von Handschlagqualität auch spricht, ist grotesk und ist bereits jetzt der Treppenwitz dieses Wahlkampfes, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie werden es nicht schaffen, die Vergangenheit und Ihre Bestemmhaltung in Frage der Gesundheitspolitik hier weg zu argumentieren, Herr Kollege Schwarz. Noch ein paar Worte zum Abschluss an den Herrn Landesrat Drexler. Sie haben gesagt, Sie können wortwörtlich erzählen, was ich hier zum Besten geben werde. Es geht mir auch umgekehrt bei Ihnen so. Ich glaube, die Fronten sind da relativ verhärtet. Aber ich werde nicht müde, immer wieder zu wiederholen, denn wir haben gesehen, dass diese

Wiederholung auch etwas bringt. Es hat zu einem Umdenken bei der Sozialdemokratie geführt und vielleicht schaffen wir es, dass wir auch da und dort Sie zum Umdenken bewegen können. Die Bürger im Bezirk Liezen würden es Ihnen auf jeden Fall danken. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 12.26 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Werner Murgg. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (12.27 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Freut mich und darf Sie besonders begrüßen, dass auch die Bürgerinitiative BISS aus Rottenmann anwesend ist. Es ist gut, dass Sie sich ein Bild machen können, wie hier die Stimmung in diesem Hohen Haus zum Leitspital Liezen tatsächlich ist. Ich darf wieder damit beginnen, wie ich so oft bei den letzten Debatten zu diesem Thema beginnen musste, nämlich mit einer Korrektur des Kollegen Drexler, was meine Wortmeldung betrifft. Sie unterliegen einer Fehlinterpretation, geschätzter Herr Landesrat. Sie haben, ich darf Sie jetzt nur sinngemäß natürlich und nicht wörtlich zitieren, so ungefähr gesagt, ich hätte hier im letzten Landtag gesagt, ich bin für eine Nachdenkpause und dann soll eine neue Landesregierung neu darüber nachdenken, wie man mit diesen Spitalsstandorten im Bezirk Liezen umgeht. Das ist tatsächlich so gewesen, wie Sie es geschildert haben, nur haben Sie einen falschen Schluss aus meiner Wortmeldung gezogen. Ich habe nämlich mit Stopp gemeint, bis zu den Landtagswahlen und Nachdenken – ein offenes Nachdenken. Ich habe es damals in der Debatte begründet. Leitspital vielleicht woanders bauen, Verbünde mit anderen – so wie es der Kollege Schönleitner vorgeschlagen hat – mit anderen Bundesländern, Zusammenarbeit, und die Spitalsstandorte in Bad Aussee und in Schladming zu belassen. Aber Sie haben heute gesagt, wir machen eine polemische Nachdenkpause und nach der Pause geht alles gleich weiter wie ich will. Das ist ja genau das Gegenteil von dem, was ich Ihnen versucht habe, mit auf die Reise zu geben. Das nur einmal zur Einleitung. Kollege Hermann sagt positiv ein Umdenken. Bin ich vorsichtig, vor allem bei der SPÖ, ob es tatsächlich ein Umdenken ist. Es ist Bewegung in die Sache gekommen. Sagen wir einmal vorsichtig so, es ist Bewegung in die Sache gekommen und die SPÖ wird sich schwertun, sollte sie in einer allfälligen nächsten Landesregierung vertreten sein, über das was sie heute gesagt hat oder

das, was sie heute gesagt hat vergessen zu machen. Das wird im Übrigen für Sie von der FPÖ auch gelten. Also wenn Sie in der Landesregierung oder einer Landesregierung angehören sollten, dann erwarten wir natürlich alle, dass Sie zu Ihren getätigten Worten stehen und klar sagen, die drei Spitalsstandorte müssen, in welcher Form auch immer, an diesen Standorten bestehen bleiben. (*Landesrat Mag. Drexler: „Rot-Blau, das löst die Frage.“*) Gut, werden wir sehen. Unsere Haltung war von Anfang an klar. Wir haben gesagt und ich habe es das letzte Mal versucht klar zu machen, machen wir ein Leitspital, aber es ist vernünftiger, wenn es in Rottenmann steht, auch aus Kostengründen, aber die anderen beiden Spitalsstandorte sollen und müssen als Spitalstandorte erhalten bleiben. Welche Abteilungen dann tatsächlich in diesen Spitälern sind, über das kann man nachdenken. Welche Spezialisierungen? Vielleicht gibt es weniger Abteilungen aber andere, vielleicht gibt es mehr? Ich weiß es nicht. Da werden wir nachdenken müssen, aber die Haltung der Bevölkerung dazu war klar: Sie will auch mit guten Argumenten, der Bezirk Liezen ist größer als das ganze Bundesland Vorarlberg, dass eine gewisse Spitalsstruktur, so wie wir sie jetzt haben, auch nach über 2025 hinaus, angeboten werden soll. Ich komme jetzt, weil es ist ja im Wesentlichen ohnehin auch das letzte Mal schon alles gesagt worden, zu den verschiedenen Anträgen. Wir werden unseren Antrag wieder einbringen und ich bringe ihn jetzt – anders als üblich, am Schluss meiner Rede – weil es jetzt passt, gleich ein. Der Antrag ist insofern klar, als er sagt, Stopp der Debatte – nachdenken, über eine neue Lösung nachdenken, aber am Boden des Ergebnisses der Volksbefragung vom 07. April heurigen Jahres. Ich darf ihn noch einmal einbringen, wenn ich ihn finde, aber ich werde ihn finden, keine Sorge, weil ich habe ja das Konvolut der Anträge hier, jetzt habe ich gerade den Antrag der Grünen vor mir, der ist aber zurückgezogen, über das brauche ich gar nicht... – Danke – als wenn ich euch nicht hätte:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen sofortigen Stopp der Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für ein Zentralspital im Bezirk Liezen zu verfügen, um eine ergebnisoffene Diskussion und Neu-Planung der Spitalsversorgung unter Einbindung der Bevölkerung und unter Berücksichtigung des Ergebnisses – und das ist wichtig – unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Volksbefragung vom 07. April 2019 zu ermöglichen.

Jetzt komme ich zu den anderen Anträgen. Die Grünen haben ihn, glaube ich, zurückgezogen. Der war übrigens schwach, muss ich sagen. Wann war die letzte Sitzung? Vor zehn Tagen haben Sie gesagt. (*Landesrat Mag. Drexler: „Ja, vor zehn Tagen.“*) Ja, da war er besser. Da habt Ihr einen anderen gehabt, der war nämlich klar in der Sache, ähnlich wie unserer. Deswegen haben wir auch mitgestimmt. Ihr Antrag hätte nämlich alles offengelassen.

Optimale Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen, der Schönleitner sagt das sind Gesundheitszentren, der Kollege Drexler sagt, was er eh immer gesagt hat, der Murgg sagt wieder was anderes und die Bevölkerung wünscht sich das. Also da hätte niemand gewusst, was am Ende herauskommt. Gut, dass er zurückgezogen wurde. Jetzt komme ich zum Antrag der FPÖ. Ich höre, dass der nicht mehr zur Abstimmung gestellt wird. Das bedauere ich zutiefst. Weil der Antrag, den habt ihr ja das letzte Mal gestellt, der ist nämlich auch glasklar. Wie unserer. Die Spitalsversorgung über 2025 hinaus an den bestehenden Standorten aufrechtzuerhalten. Das ist eine klare Ansage und ein klarer Antrag. Ich weiß nicht, warum Ihr ihn zurückzieht? Er hätte eh keine Mehrheit bekommen allerdings, und jetzt komme ich zu dem SPÖ Antrag, wo die FPÖ und die Grünen hinaufgegangen sind, der nämlich nicht so klar ist. Die Haltung der SPÖ ist im Wesentlichen klar – die derzeitige Haltung. Gestern war sie anders, morgen kann sie schon wieder anders sein. Auch das ein Grund, warum wir sozusagen nicht leichtfertig auf eure Anträge hinaufgehen. Die derzeitige Haltung der SPÖ ist klar. Sie sagen: Leitspital Rottenmann, wahrscheinlich betrieben von der Diakonie. Das muss wohl so sein, weil, wenn man ihnen das Spital in Schladming wegnimmt, gibt es offenbar Verträge. Sie haben ja das letzte Mal da ganz gut was herausgearbeitet. Habe ich Ihnen ganz gut folgen können. Da dürfte was dran sein. Also man kann nicht sozusagen Schladming dann schließen, ohne der Diakonie irgendwas Anderes anzubieten. Also Leitspital in Rottenmann, geführt von der Diakonie und Schließung der Spitalsstandorte Bad Aussee und Schladming, vielleicht Gesundheitszentren, Facharztzentren. Wissen wir nicht? Das ist die Haltung, die derzeitige Haltung – Verzeihung – die derzeitige Haltung der SPÖ und deswegen sind wir auf diesen Antrag nicht hinaufgegangen. Denn wenn Sie in Punkt zwei schreiben: „Die Etablierung des Leitspitals am Standort Rottenmann zu prüfen und in Abstimmung dazu die Versorgungsleistungen, die Versorgungsleistungen an den bestehenden Standorten Schladming und Bad Aussee zu adaptieren,“ ja aber welche Versorgungsleistungen? Ein Facharztzentrum ist auch eine Versorgungsleistung und ein Gesundheitszentrum. Also das ist uns viel zu schwammig und auch der dritte Punkt gefällt uns nicht: „Alle weiteren Tätigkeiten zur Errichtung des Leitspitals im Bezirk Liezen unter Einbindung der Region zu setzen.“ Wir wären raufgegangen, wenn man das mit den Spitalsstandorten klargemacht hätte und wenn man beim dritten Punkt gesagt hätte, unter Einbindung der Region und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volksbefragung. Denn, wissen Sie, ich bin auch schon lang genug in der Politik, was die Einbindung der Region letztlich heißen kann. Ja, die Bürgermeister sind zusammengekommen und es passt wieder alles. Machen wir es so, wie es

der Kollege Drexler will oder die Regionalversammlung Obersteiermark. Irgendwas hat beschlossen! Das ist dann die Einbindung der Region und die Leute in Bad Aussee, Schladming und Rottenmann können sich brausen. Und das wollen wir letztlich nicht und deswegen tun wir gut daran, dass wir auf diesen Antrag nicht hinaufgegangen sind und im Übrigen bitte ich um eine punktuelle Abstimmung bei diesem SPÖ Antrag. Wir werden dem ersten Punkt zustimmen „Keine weiteren finanziellen Dispositionen für Stainach-Pürgg“, das ist klar. Aber den anderen beiden Punkten werden wir nicht näher treten können. Langer Rede kurzer Sinn, und ich komme auch schon zum Ende. Die Haltung der KPÖ ist klar. Wir sind den Menschen im Wort, nicht nur den Rottenmannern, auch den Bad Ausseern. Ich war oft in Bad Aussee, wir haben immer uns dafür ausgesprochen, ich habe die Stimmung kennengelernt. Ich weiß, was die Menschen dort wollen. Die wollen ihr gut geführtes Spital behalten und da werden wir uns von unserer Haltung nicht abbringen lassen. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.37 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Barbara Riener. Bitte schön Frau Klubobfrau.

LTAbg. Riener – ÖVP (12.37 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zum wiederholten Male heute zu dem Thema Leitspital, aber Sie sehen mich heute etwas irritiert. Ich werde es gleich ausführen - in zweierlei Hinsicht. Der Herr Landesrat hat auch schon in seiner Wortmeldung gesagt, dass wir seit 2016 die Gesundheitsreform beziehungsweise den Gesundheitsplan 2035 kommunizieren, in allen Regionen kommunizieren, immer wieder auch die Themen aufbereiten: Wir wollen eine Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer, die jetzt eine gute ist, auch für die Zukunft bestmöglich erhalten und ausbauen. Wir wollen sie mit einer guten Erstversorgung über Arztpraxen, über Gesundheitszentren, über Facharztzentren bis hin zum stationären Bereich ausbauen und weiter absichern. Wir wollen dies in einer hohen Qualität und im stationären Bereich mit einem entsprechend ausgebildeten und zur Verfügung stehenden Personal machen. *(Beifall bei der ÖVP)* Das ist die Grundlage des Gesundheitsplanes 2035. Das ist die Grundlage für den Regionalen Strukturplan 2025. Der Herr Landesrat Drexler hat es ebenso erwähnt und dargelegt. Wir haben entsprechende Beschlüsse seit 2016 in der

Landeszielsteuerung und in der Gesundheitsplattform. Ich bin in den letzten Tagen, wenn ich so in den Zeitungen gelesen habe, eben das ist der erste Punkt, wo ich irritiert bin, weil ich weiß, damals war Kollege Hannes Schwarz noch nicht in der Gesundheitsplattform beziehungsweise in der Zielsteuerung, sondern der Kollege Oliver Wieser, aber als Finanzlandesrat war Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer zuständig und war Mitglied mit Sitz und Stimme in dieser Zielsteuerungskommission und in dieser Gesundheitsplattform. Beschlüsse, die nur einstimmig – so schreibt es das Gesetz vor – beschlossen werden können. Also die erste Irritation über seine Aussagen, die ich in letzter Zeit gelesen habe. Die zweite Irritation hat mir heute der Hannes Schwarz bereitet. Ich werde es gleich sagen warum! *(Unverständlicher Zwischenruf von Herrn LTAbg. Schwarz)* Lieber Hannes, ja, verstehe ich, verstehe ich, kann ich nachvollziehen, ist auch mein Beruf, dass ich solche Dinge auch durchaus wahrnehme. Aber ich habe dir heute sehr gut zugehört. Ihr habt einen Antrag eingebracht und ich habe dir sehr gut zugehört. Du hast in deiner Wortmeldung gesagt, ich meine, ich möchte das als Side Letter jetzt sagen: Wahlkampf haben wir schon seit mehreren Wochen nicht nur seit einer Woche. Also insofern, wenn das an dir vorbeigegangen ist, tut es mir leid, aber wir nehmen das alle, und auch die Bevölkerung nimmt das hier sicher sehr, sehr klar wahr, weil Wahlkampf bedeutet nicht nur, wenn eine Wahl in der Steiermark durchgeführt wird für den steirischen Landtag, sondern Wahlen sind auch andere und deswegen sind wir seit Wochen im Wahlkampf und wir erleben es hier auch immer wieder bei den Sitzungen. *(Beifall bei der ÖVP)* Das wollen wir auch verkürzen – nur als Zusatz. Aber zurück zu meiner Irritation. Du hast die gute Rhetorik vom Landesrat Drexler gelobt. Ich glaube, da sind wir alle einer Meinung. Du hast die Sorgfalt auch hervorgehoben und ich war eigentlich der Meinung, dass wir, so wie wir immer wieder miteinander gesprochen haben, auch diese Sorgfaltspflicht eingehalten haben in den letzten Jahren und auch Monaten, Wochen. Wir haben immer wieder hier in der Landtagssitzung und auch sonst zwischen uns abgestimmt, vorab, und hier immer wieder klargestellt, wie wichtig uns diese Reform ist, weil wir eine Verantwortung für die Steirerinnen und Steirer und für die Gesundheitsversorgung haben. Und da waren wir eigentlich ziemlich d'accord. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich bin bei dir, bei Volksbefragungen müssen wir gut vorbereiten. Bei Volksbefragungen, wo wir die Bevölkerung mitnehmen, müssen wir möglichst so auch das darlegen, dass es auch die Bevölkerung versteht. Das heißt, nicht immer nur den Politikerspruch, sondern wirklich auch die Übersetzung, das ist auch unsere Aufgabe als Politikerin und Politiker. Wir haben uns redlich bemüht. Wir haben einen Reformprozess begonnen, und ich sage es noch einmal, ich

glaube, ich muss es jetzt noch ein paarmal sagen, der einzigartig damals in Österreich war, nämlich bis 2016 in alle Regionen zu fahren und zu informieren und immer wieder darauf hinzuweisen. Aber, und das hat der Hannes Schwarz auch gesagt, er steht auch zu allen Beschlüssen. Er steht auch zu allen Beschlüssen, die wir hatten, ja. Es ist auch okay, ja. Nehme ich auch gut auf. Was mich allerdings irritiert ist, dass du in dem Antrag eigentlich Dinge forderst, die wir im RSG beschlossen haben. Du das aber dort nicht reinschreibst, dass du einen anderen Beschluss im RSG willst. Also das heißt, wir sind jetzt in einem Widerspruch. Führe ich den RSG fort und die verbindlichen Teile in einer Verordnung – wie es unsere Pflicht auch als gewählte Politikerinnen und Politiker ist – oder stimmen wir jetzt dem Antrag, den die SPÖ mit anderen eingereicht hat, zu. Also das ist ein Spagat, den wir nicht hinbringen. Weil wir im Grunde genommen damit den RSG die Beschlüsse, nicht aufheben können, weil wir haben keine gegenteiligen Beschlüsse, sondern es steht dem entgegen, was wir gemeinsam, lieber Hannes, als SPÖ und ÖVP sowohl in der Zielsteuerung als auch in der Gesundheitsplattform, als auch hier in diesem Haus beschlossen haben, und auch in der Regierung mit der Verordnung, es steht dem entgegen. Deswegen können wir das mit gutem Gewissen nicht machen. *(Beifall bei der ÖVP)* Ich sage noch einmal, ich bin bei dir, wir müssen die Bevölkerung gut informieren und bestmöglich auch mitnehmen. Das war auch immer unser Bestreben und das ist auch heute unser Bestreben und wir können uns da auch verbessern. Keine Frage. Aber ich hoffe, dass wir dabeibleiben, dass wir für unsere Steiermark, für die Steirerinnen und Steirer, eine bestmögliche Gesundheitsversorgung gewährleisten, und zwar nicht nur für die nächsten Wochen irgendwelche Beschlüsse zu fassen, sondern langfristig. Das sind Projekte, die vielleicht in der Politik nicht immer üblich gewesen sind. Aber das ist so, so wichtig und da ständig Unsicherheit zu streuen, tut nicht gut. So wie Sandra, du hast das am Anfang gesagt, ich habe es mir mitgeschrieben: „Menschen werden nicht gesund, wenn sie der Gesundheitsversorgung nicht vertrauen.“ Bin ich hundertprozentig bei dir. Ich darf nur die Frage stellen in diesem Raum: Ob wir vertrauensbildend agieren? *(LTAvg. Schönleitner: „Offenbar nicht!“)* Bitte jeder möge sich selber die Antwort geben. Aber unser Bestreben soll weiterhin sein, eine gut abgesicherte bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Steirerinnen und Steirer und auch für die Bevölkerung in Liezen zu gewährleisten. Von der Erstversorgung wie ich bereits ausgeführt habe, nämlich mit den Arztpraxen, den Gesundheitszentren, den Facharztzentren bis hin zur stationären Versorgung mit ausreichendem Personal, das wir zurzeit nicht haben, siehe Rechnungshofbericht, Landesrechnungshofbericht zu Schladming. Das heißt, im Grunde

genommen zeigt er uns auch auf, dass wir Handlungsbedarf haben. Und das alles mit einer hohen Qualitätssicherung, wenn ich die Verantwortlichen der KAGes hier anschau. Dafür liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür sind wir gewählt, haben wir auch manchmal unbequeme Entscheidungen zu treffen, um das auf lange Sicht zu sichern und dafür wird auch die ÖVP weiterhin eintreten. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP – 12.47 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Albert Royer. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTabg. Royer – FPÖ (12.47 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag und ganz speziell natürlich herzliche Grüße an die Vertreter der BISS aus Rottenmann!

Der 07. April war ein historischer Tag bei uns im Bezirk, habe ich an dieser Stelle schon mehrfach gesagt. Wir haben die Volksbefragung erfolgreich in unserem Sinne durchführen können und die Barbara Riener hat wieder so leicht lakonisch anklingen lassen, die Leute haben nicht verstanden, was da abgestimmt worden ist. Das stimmt natürlich überhaupt nicht. *(LTabg. Riener: „Das ist der Schelm, der so denkt. Hast nicht zugehört.“)* Es war ja vorher auch so eine Art kleiner Zwischenwahlkampf, zumindest im Bezirk oben. Es ist von beiden Seiten thematisch sehr viel gemacht worden und die Leute haben dann sehr wohl gewusst, was sie abstimmen. Jedenfalls war das Ergebnis mit 42 Prozent Beteiligung und Zweidrittel Ablehnung der Pläne vom Landesrat sehr, sehr deutlich. Den Neustart der Gesundheitspolitik im Bezirk Liezen, der heute da debattiert und abgestimmt wird, hätte ich mir natürlich am 08. April schon gewünscht, einen Tag nach der eindeutigen Volksbefragung. *(Beifall bei der FPÖ)* Auf was ich auch noch hinweisen möchte, weil vielleicht der Werner Murgg ein bisschen missverständlich den Antrag verstanden hat, das ist eben von Anfang an die Begriffsverwirrung mit den zwei Begriffen „Leitspital“ und „Zentralkrankenhaus“. Wir oben im Bezirk, wir haben uns eigentlich immer massiv gegen das Zentralkrankenhaus in der Mitte gewehrt, wo es geheißen hätte, drei Spitäler zusperrern. Da waren wir massiv dagegen. Gegen ein Leitspital waren wir von Anfang an eigentlich nicht und ich habe das ja auch immer wieder auf die Landwirtschaft heruntergebrochen, wo ich gesagt habe: Wenn ich meiner Leitkuh eine Glocke um den Hals herumhänge, dann ist die Grundvoraussetzung, dass ich mindestens noch eine zweite und eine dritte Kuh habe, weil für eine alleine brauche ich keine Glocke mehr. *(LTabg. Riener: Damit der Bauer weiß, damit der Landwirt weiß, wo sie ist.“)*

Ja, eh. Fakt ist, dass wir natürlich für das Leitspital sind. Wir waren da grundsätzlich offen, welches der drei Krankenhäuser das Leitspital werden sollte. Es hat der Jürgen Winter damals öffentlich gesagt, das Leitspital muss Schladming werden und keinen Meter östlich, so quasi, nur über seine Leiche, so sinngemäß. Ist politisch jetzt nicht mehr im Amt, aber trotzdem das ist schwer umsetzbar, weil Schladming natürlich ganz oben an der Peripherie ist vom Bezirk. Das Gleiche gilt für Aussee. Es spricht einiges für Rottenmann als Standort vom Leitspital. Vor allem die wesentlich bessere Verkehrsanbindung und auch die Nähe zu Graz, weil man auch nicht ganz außer Acht lassen darf, (*Landesrat Mag. Drexler: „Aha, die Nähe zu Graz.“*) jawohl Herr Landesrat, weil man nicht ganz außer Acht lassen darf, dass viele Ärzte, die oben ihren Dienst machen, in Graz wohnhaft sind und einpendeln und auspendeln. Und das geht von Graz nach Rottenmann natürlich wesentlich leichter, als dann beim Nadelöhr verkehrstechnisch durch Liezen durch, weiter hinauf ins Ennstal. Das spricht in dieser Weise mehr für Rottenmann. Ich selber wäre eigentlich neutral gewesen, was die drei Standorte angeht. Rottenmann hat die ganzen Stationen derzeit schon, die dann in Stainach geplant gewesen wären. Also da wird man nicht gar so viel machen brauchen. Natürlich ist ein Investitionsbedarf, aber es ist wesentlich weniger und würde dem Steuerzahler wesentlich billiger kommen, als wie die Lösung mit dem Zentralkrankenhaus in der Sumpfwiese in Stainach. (*Beifall bei der FPÖ*) Was ich natürlich auch noch sagen möchte, weil der Regionale Strukturplan Gesundheit 2025 Bezirk Liezen angesprochen worden ist. Ich habe natürlich mit gutem Grund und voller Inbrunst dagegen gestimmt in der Regionalversammlung und auch im Landtag, weil, Sie mögen mir die Wortwahl entschuldigen, ich das damals schon für einen totalen Schmarren gehalten habe. Abschließend vielleicht noch, man hat wirklich oft das Gefühl, Herr Landesrat, es geht nicht um die bestmögliche Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen für die Bevölkerung, sondern es geht in erster Linie um den drohenden Gesichtsverlust eines Grazer Landesrates. (*Beifall bei der FPÖ – 12.52 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Arnd Meißl. Bitte schön Herr Abgeordneter.

LTAbg. Meißl – FPÖ (12.52 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hohes Haus! Um es gleich vorweg festzustellen, mit der Freiheitlichen Partei gibt es nur eines, nämlich den Erhalt der drei Spitalsstandorte im Bezirk Liezen, nämlich Rottenmann, Schladming, Bad

Aussee. Da gibt es keine Diskussion, ob man das eine oder andere Spital durch irgendeine fragwürdige Konstruktion ersetzt, sondern es gibt nur diesen Weg. Ganz klar gesagt. (*Landesrat Mag. Drexler: „Fragwürdige Konstruktion? Fragwürdige Konstruktion?“*) Werner Murgg, du weißt es, wir sind ja schon lange genug auf dieser Ebene zusammen unterwegs, das steht so. Soweit haben wir uns bereits auch geäußert, das steht vor der Wahl und das steht nach einer Wahl. (*Beifall bei der FPÖ*) Was ich sehr spannend finde ist, wenn immer wieder das Argument von der ÖVP kommt, ja, wir müssen die Bevölkerung besser mitnehmen. Ja, die Bevölkerung hat schon verstanden, dass das was kommt nicht besser ist, als das, was sie jetzt haben. Und Sie haben auch nicht ein einziges Argument gebracht, Sie haben es auch heute wieder nicht gemacht, kein einziges Argument gebracht, was durch Ihre Konstruktion und durch Ihre Idee, durch Ihr mögliches Zentralspital besser werden sollte für die Bevölkerung. Sie haben darauf hingewiesen, ganz vage, auf den Regionalen Strukturplan, aber Sie sind alle Antworten schuldig geblieben. Jetzt kommt dann noch hinzu, dass Sie einfach ein ungeeignetes Grundstück noch gefunden haben. Es genügt eh, wenn Sie nicht viereinhalb Jahre gesucht haben, sondern nur zwei Jahre gebraucht haben dafür, dass Sie eines gefunden haben, das im Überschwemmungsgebiet liegt, wo der Grundwasserspiegel zu hoch ist und das noch kontaminiert ist, das genügt eh alleine schon. Aber der Kostenfaktor, der Albert Royer hat es ja angesprochen, das darf man auch nie außer Acht lassen. Wir zahlen noch bis 2031 für ein Spital in Schladming. Wir haben in Rottenmann investiert und es wird dort weiter investiert werden müssen. Über das brauchen wir auch nicht reden und es wird Modernisierungen geben müssen und es wird auch Änderungen im Gesundheitsbereich geben müssen. Aber nur auf diese Art und Weise, wie Sie das gemacht haben, Herr Landesrat, funktioniert das nicht und irgendwie habe ich immer das Gefühl, wenn Sie Ihre ausschweifenden Ansprachen da halten, Sie leben in einer eigenen Welt, in einer Blase da zwischen Jakominiplatz und Herrengasse, aber draußen, das versteht keiner, was Sie da sagen. (*Landesrat Mag. Drexler: „Und ich verstehe Sie nicht.“*) Da bin ich ja dieses Mal mit dem Kollegen Schwarz ja direkt da einmal d'accord, Rhetorik ist wichtig, aber wichtiger ist das zu vertreten, was die Leute wollen, was gut für die Leute ist und was man glaubt, dass es für die Leute gut ist. (*Beifall bei der FPÖ*) Ja, die Kollegin Riener hat auch sehr auf ihre belehrende Art und Weise uns halt wieder das eine oder andere mitgeteilt und der SPÖ ein Türkl aufgemacht, (*LTAvg. Riener: „Dann habe ich Recht anscheinend.“*), ja, spare dir deine Zwischenrufe, ich habe heute wieder gelesen, der letzte Zwischenruf, den du gemacht hast, der war, (*Unruhe und unverständliche Zwischenrufe von ÖVP Abgeordneten*) der war

beleidigend in meine Richtung, da hast du gesagt: Du hast einen Sonnenstich vom letzten Mal. Ich will dich nur darauf erinnern, weil du da sehr empfindlich sonst immer bist. Lese das Protokoll nach, das haben wir heute bekommen. Ich möchte aber eines noch ganz klar zum Ausdruck bringen und da möchte ich die SPÖ warnen. Herr Kollege Schwarz, er horcht eh immer zu, auch wenn er sich wendet, ich weiß es eh, Herr Kollege Schwarz, ich habe so meine Erfahrungen mit der SPÖ gemacht. Der Erste, der Abteilungen geschlossen hat, war ein gewisser Landesrat Hirt. Das darf man nie vergessen. Dann hat es einen Landeshauptmann Voves gegeben, der hat gesagt: Nein, mit mir gibt es keine Spitalsschließungen, mit mir gibt es keine Abteilungsschließungen. Ja, ratziflatzi ist es gegangen und ein Krankenhaus nach dem anderen ist verschwunden, eine Abteilung nach der anderen ist verschwunden. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum ist ausgedünnt worden ohne Ende. Und Sie haben überall mitgestimmt. In Mürzzuschlag die 24-Stunden Chirurgie und an die Ambulanz brauche ich gar nicht denken. Vor Ort seid ihr gelaufen, auch Vertreter von da herinnen haben gesagt, ja, wir haben gekämpft, wir haben gerauft, für den Erhalt und in Graz ist anders abgestimmt worden. Und meine Befürchtung und da schließe ich mich schon dem Dr. Murgg an, ist die, dass Sie nach der Wahl wieder umfallen. Und mir ist deswegen wichtig dieser Antrag heute, dieser gemeinsame Antrag. Damit wir die SPÖ in der Form jetzt einmal festmachen, weil ich habe schon die Angst, dass aus meiner Erfahrung heraus, dass viele, nicht alle, aber viele nach der Wahl gleich wieder vergessen haben, was Sache ist und dann auf einmal plötzlich wieder auf den Zug aufspringen und irgendeine wortreiche Konstruktion findet, damit sie dem Zentralspital vom Landesrat Drexler zustimmen können. Und davor warne ich Sie eindringlich, jetzt wirklich. Es ist nämlich eines, was die Leute nämlich gar nicht mögen, ist, wenn man ihnen Geschichten aufdrückt, und das Problem ist das, Sie sollten sich die Wahlergebnisse, (*LTA* Mag. Pichler-Jessenko: „*Da redet der Richtige. Heiterkeit bei der SPÖ.*“) Sie sollten sich die Wahlergebnisse anschauen. Überall dort, wo Sie auch im Bereich der medizinischen Versorgung Ihre Äußerungen getätigt haben und dann anders abgestimmt haben, haben Sie massiv verloren. Und das wird Ihnen auch dieses Mal so gehen. Ich glaube auch nicht, dass Ihnen den Schwenk jetzt so schnell wer abnimmt. Ich meine, es ist Bewegung in die Sache reingekommen. Ich gehe davon aus, dass der eine oder die andere das auch mitträgt, auch innerlich mitträgt und dass da innerlich immer Widerstand da war. Aber Sie, als Fraktion, haltet euch dran an dem Beschluss, den Sie jetzt da mitfassen. Bleiben Sie aufrecht einmal, bleiben Sie aufrecht. Tun Sie sich nicht immer wendet und lustig machen, das ist nämlich auch etwas, was die Leute nicht verstehen und mögen. Das mag

schon sein, dass der eine oder andere eine ausgewähltere Rhetorik hat, aber der Knackpunkt ist schon, der Knackpunkt ist schon das, dass die Leute eher die Leute mögen, die Ihnen zuhören und die für sie eintreten. Daheim und da so tun, Sie täten dafür eintreten und da anders reden und anders abstimmen. Also das erwarte ich mir jetzt schon. (*LTabg. Schwarz: „Sie kennen die eigene Parteigeschichte nicht.“*) Herr Schwarz, es freut mich, dass Sie sich interessieren für die Parteigeschichte, aber wenn Sie mich beurteilen, dann beurteilen Sie mich als Person und nicht über wen anderen, weil mir täten da ein Haufen Sachen einfallen, mir täten ein Haufen Sachen einfallen zur SPÖ. Ich komme aus einem Betrieb, der PSK, die von der BAWAG gekauft worden ist, mit dem Geld der PSK, weil die SPÖ die in den Abgrund geführt hat. Und von den Konsumgeschichten und so weiter und vom Rabelbauer und den Sachen brauche ich gar nicht denken. Aber ich messe Sie aber auch nicht an dem. Ich messe Sie an Ihren Taten und die Bevölkerung wird Sie an Ihren Taten jetzt, was Aussee, Schladming und Rottenmann betrifft, messen. Was die Gesundheitsversorgung als Ganzes betrifft. Und eines gebe ich Ihnen auch noch mit. Jetzt abgesehen von der ganzen Geschichte. Die Gesundheitsversorgung, und da bin ich d'accord mit der Kollegin Riener oder auch mit den Grünen, die hört natürlich nicht im Spitalswesen auf. Aber auch die 1450, die Ihr da eingeführt habt, überfallsartig, das war in vielen Regionen nicht gut, in manchen mag es notwendig gewesen sein, dass man was tut, aber in vielen Regionen war es eine Verschlechterung. Versuchen Sie wirklich einmal, und ich weiß, Sie wollen es wahrscheinlich nicht hören, weil Sie in Ihrem kleinen Eckerl da hausen, machen Sie Gesundheitspolitik für die Bevölkerung und nicht für sich selber. Danke. (Beifall bei der FPÖ – 13.00 Uhr)

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet ist der Herr Gesundheitslandesrat Christopher Drexler. Bitte schön Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (13.00 Uhr): Ja, Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete und Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich erlaube mir noch auf einige Wortmeldungen einzugehen. Ja, der Herr Abgeordnete Meißl ist wirklich eine Perle dieses Hauses mit seiner ausgesuchten Höflichkeit und Freundlichkeit, die er hier in diesen Saal gebracht hat, gibt er eine besondere Note, muss man sagen, aber Herr Abgeordneter, was soll besser werden? Haben Sie gefragt. Und Sie haben allen Ernstes gesagt, ich hätte Ihnen noch nie erzählt, was besser werden soll. Also das ist wirklich, also da bin ich Ihnen jetzt echt böse, weil Sie können es mir ja nicht glauben, von mir aus, aber wenn

Sie mir vorwerfen, ich hätte noch nie gesagt, was durch das Leitspital im Bezirk Liezen besser wird, dass natürlich durch die größeren Abteilungen, die höhere Fallzahl, die Qualität besser wird, dass wir ein attraktives Ausbildungsspital haben und wir dort wieder junge Ärztinnen und Ärzte ausbilden können, dass wir beispielsweise eine Geburtenstation von nennenswerter Größe bekommen und dass wir insgesamt ein breiteres Angebot in diesem Spital vorfinden werden, sind einmal einige wenige Gründe. *(Beifall bei der ÖVP)* Vielleicht sollten Sie übrigens, wenn Sie anderen vorwerfen, dass Sie irgendeine regionale Beschränkung haben, sollten Sie vielleicht ein bisserl öfter aus dem Mürztal rausfahren, weil es gibt auch eine Welt jenseits des Mürztals, darf ich Ihnen staunend berichten, und tun Sie sich einmal ein bisserl umschaun, tun Sie einmal schauen, was ich in der letzten Landtagssitzung beispielsweise genannt habe, die internationalen Beispiele, schauen Sie sich die Bertelsmann Stiftung Studie an, die hochaktuell diese ähnlichen Fragen für die Bundesrepublik Deutschland klärt. Schauen Sie sich ein bisserl um, tun Sie sich nicht nur auf Ihre Meinung versteifen, ein bisserl offener werden und auch das eine oder andere Argument von anderen nicht nur sprachlich niederkartätschen, Herr Abgeordneter. *(Beifall bei der ÖVP)* Der Herr Klubobmann Hermann, als geschäftsführender Klubobmann, hat auch wieder eines meiner Lieblingsargumente gebracht, nämlich bei den bevorstehenden oder geplanten Maßnahmen handle es sich um eine Ausdünnung des ländlichen Raumes. Jetzt meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es gibt viele Regionen in diesem Land, die eine Investition des Landes in Höhe von 250 Millionen Euro in ihrer Region, nicht gerade als Ausdünnung des ländlichen Raumes interpretieren würden. *(Beifall bei der ÖVP)* Der Herr Abgeordnete Murgg warnt natürlich vor allerhand Dingen. Ich habe es im Übrigen nicht so falsch interpretiert, wie Sie geglaubt haben. Der wesentliche Teil war ja eh richtig, und ich habe ja nicht von einer polemischen Nachdenkpause gesprochen, Herr Dr. Murgg, sondern lediglich von einer Polemikpause. Und dass ich natürlich den Standpunkt vertrete, dass hier alles nachgedacht worden ist, ja, dass wir eben in dieser gemeinsamen Steuerungsgruppe ja alle diese Fragen, auch die, die Sie da jetzt in Ihrem Entschließungsantrag relevieren, ja minutiös und Punkt für Punkt bereits durchüberlegt haben. Ich finde wirklich, einzig und allein am heutigen Tag bemerkenswert, dass die Einschätzung der Sozialdemokratie sich in zehn Tagen nicht unerheblich geändert hat, wenn gleich ich hier auch bei Dr. Murgg bin, im genauen Lesen des Entschließungsantrages lese ich hier vieles, *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Ja.“)* aber das muss man zur Kenntnis nehmen, diese Veränderung. Ich glaube nur nicht, und das ist keine Polemik, lieber Hannes Schwarz, ich glaube nur nicht, dass sich in eurer

Beurteilung irgendetwas am sachlichen Befund geändert hat. Das wäre ja wirklich frappierend, wenn in diesen zehn Tagen als das was wir da in vier, viereinhalb Jahren zu diesem Thema in der Vorbereitung des Gesundheitsplanes, in der Vorbereitung des Regionalen Strukturplanes, in der Umsetzung des Regionalen Strukturplanes, auch in der konkreten Standortfrage um Himmels Willen, bin ich der Kleinen Zeitung nach gerade dankbar, dass dieses schöne Erinnerungsfoto heute in der Zeitung ist, wo wir dort im Schloss Trautenfels stehen und sagen, hier wird das Leitspital stehen. Also der sachliche Befund kann sich ja in den letzten zehn Tagen nicht so maßgeblich geändert haben, auch die plötzliche Notwendigkeit irgendwelche Fragen neuerlich zu relevieren, irgendwas neuerlich zu prüfen, irgendwas neuerlich anzuschauen. Da fehlt mir einfach das Substrat. Diese neuen Gesichtspunkte, ich würde sie gerne kennenlernen, weil wenn die so umwerfend sind, die neuen Gesichtspunkte, dass sie eine Linie so zum Schwenken bringen, dann täten mich die ehrlich gesagt auch interessieren, diese neuen Gesichtspunkte. Also das muss ich ehrlich sagen. Das wäre eigentlich kollegiale Freundlichkeit, wenn ich diese neuen Gesichtspunkte auch kennenlernen könnte. (*LTabg. Schwarz: „Ich frage mich auch, warum ihr Neuwahlen wollt?“*) Die konkrete Festlegung des Wahltermines kann aber kein sachliches Argument sein, die Gesundheitspolitik der Steiermark zu ändern, verehrter Herr Klubobmann. (*Beifall bei der ÖVP*) Im Übrigen, überraschenderweise hätten die Wahlen sowieso stattgefunden in ein paar Monaten, also ich weiß nicht, was das eine mit dem anderen zu tun hat. Also, das hätte mich schon wirklich auch interessiert, was da hier sozusagen in der Sache – zumindest ein vorgeschobenes Argument – wäre. Werden wir heute nicht erfahren, dafür werden wir einen Entschließungsantrag zur Kenntnis nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie gesagt, ich bin für jeden weiteren Sonderlandtag selbstverständlich bereit, aber ich glaube, wir sollten diese Diskussion jetzt so beenden. Ich bin wirklich der Meinung, dass alles solide vorbereitet ist, dass Entscheidungen getroffen worden sind und ansonsten Entscheidungsgrundlagen vorliegen und dass eine neue Landesregierung zügig darangehen kann, die Versorgung der Steirerinnen und Steirer für die Zukunft so auszugestalten, dass die künftige Generation von Landespolitikerinnen und Landespolitikern vielleicht weniger Zeit im Landtag mit diesen Fragen verbringen müssen, weil es unsere Abgeordnetengeneration oder die der nächsten Legislaturperiode und Regierungsgeneration richtig gemacht hat für die Zukunft. Das wäre dann retrospektiv in zwanzig Jahren ein schönes Zeugnis. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP – 13.08 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Beim Entschließungsantrag der SPÖ, Grünen und FPÖ mit der Einl.Zahl 3565/5, betreffend Alternative zum geplanten Leitspital prüfen, wurde vom Kollegen Murgg eine punktuelle Abstimmung beantragt. Die ich somit durchführe:

Wer also mit dem Punkt 1. einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, der FPÖ und den Grünen die erforderliche Mehrheit.

Wer mit dem Punkt 2. einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und den Grünen die erforderliche Mehrheit.

Wer mit dem Punkt 3. einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und den Grünen die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 3565/2, betreffend Spitalsreform – Bevölkerung nicht vor vollendete Tatsachen stellen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit meine Damen und Herren ist die Tagesordnung erledigt.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 17. September 2019 mit Beginn um 10.00 Uhr statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich, d.h. schriftlich auf elektronischem Weg eingeladen.

Versuchen Sie zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen. Bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende: 13.09 Uhr)*